

## Fragen

### für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Dienstag, dem 13. Mai 1980

am Mittwoch, dem 14. Mai 1980

---

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . . . .	14, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .	14, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .	3, 17 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . .	5, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .	6, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .	7, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	8, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . . . .	9, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .	10, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit . . . . .	12, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen . . . . .	12, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	2, 37 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . . . . .	2, 38 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . . . . .	2, 38 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit . . . . .	2, 38 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . . . . .	14

\*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

## A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

### Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

1. Abgeordneter  
**Dr. Schneider**  
(CDU/CSU)      Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Entscheidung über laufende Anträge zur Förderung von Vorhaben im Rahmen des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus zurückgestellt hat, bis die neuen Richtlinien über die Förderung von Maßnahmen des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus und die damit verbundenen Forschungsschwerpunkte veröffentlicht sind, bis wann ist mit einem Erlaß der Richtlinien und einer Entscheidung über die laufenden Vorhaben zu rechnen?
2. Abgeordneter  
**Dr. Schneider**  
(CDU/CSU)      Gilt diese Haltung der Bundesregierung für alle in diesem Jahr angemeldeten bzw. beabsichtigten Förderungsvorhaben, bzw. über welche Vorhaben hat die Bundesregierung bisher bereits vorab entschieden, und wie erklärt sie das Hinauszögern der Entscheidung in den übrigen Fällen?

### Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

3. Abgeordneter  
**Besch**  
(CDU/CSU)      Hat das Bundeskanzleramt den Mitgliedern der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, die auf Anträgen zur Einreise in die DDR ihre Staatsangehörigkeit mit „BRD“ bezeichnet haben sollen, einen entsprechenden Rat, eine Empfehlung oder dergleichen gegeben, und wie bewertet die Bundesregierung gegebenenfalls diesen Vorgang?

### Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

4. Abgeordneter  
**Dr. Hüsch**  
(CDU/CSU)      Worauf führt die Bundesregierung zurück, daß deutsche Direktinvestitionen in Entwicklungsländern sowohl nach Bestand als auch in absoluten Zahlen im Jahr 1979 abgesackt sind?
5. Abgeordneter  
**Dr. Hüsch**  
(CDU/CSU)      Welche Erwägungen stellt die Bundesregierung an, die Rahmenbedingungen für deutsche Investitionen in Entwicklungsländern so zu beeinflussen, daß entwicklungspolitisch wünschenswerte Direktinvestitionen der deutschen Industrie sich wieder verstärken?

### Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

6. Abgeordneter  
**Stockleben**  
(SPD)      Welche Forschungs- und Entwicklungsvorhaben fördert die Bundesregierung zur Verbesserung von Aufbereitungsverfahren für Schweröl?

7. Abgeordneter  
**Stockleben**  
(SPD)      Wie beurteilt die Bundesregierung Möglichkeiten der Energiegewinnung aus dem Meer (Wellen, Unterschiede des Salzgehalts und der Temperatur), und welche Forschungs- und Entwicklungsvorhaben werden von ihr gefördert?
8. Abgeordnete  
**Frau Simonis**  
(SPD)      Trifft es zu, daß eine Untersuchung der INTER-SOFO „Humanisierung des Arbeitslebens“ nur als Kurzfassung veröffentlicht werden durfte, weil einige Bonner Ministerien sowie der Bundesrechnungshof mit den Ergebnissen dieser Untersuchung nicht einverstanden waren, und sind die in diesem Kurzbericht genannten Vorwürfe, daß die Arbeitsplätze von Schreibkräften in Bonner Ministerien deshalb als Problemarbeitsplätze zu bezeichnen sind, weil sie einerseits neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen der Büroforschung in der Industrie nicht entsprechen, andererseits eine schlechte Beleuchtung, einen zu hohen Lärmpegel, eine Fläche von nur vier bis fünf Quadratmeter, die damit kleiner ist als die für Hunde vorgeschriebene Fläche, aufweisen und außerdem Belastungen für das Herz- und Kreislaufsystem hervorrufen, zutreffend?
9. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU)      Welche Nachweise wissenschaftlicher Qualifikationen lagen der Entscheidung der Bundesregierung zugrunde, dem Institut für Energie- und Umweltforschung e. V. Heidelberg (IFEU), vormals Tutorium Umweltschutz einen mit über 800 000 DM ausgestatteten Forschungsauftrag zum Thema Sekundärkreislaufemissionen von Druckwasserreaktoren zu erteilen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

10. Abgeordneter  
**Bühling**  
(SPD)      Ist die Bundesregierung bereit, die Praxis zu überprüfen, wonach Staatsangehörige von Entwicklungsländern (nach den Einbürgerungsrichtlinien z. B. auch Türken, Griechen, Jugoslawen oder Israelis) trotz Erfüllung aller übrigen Voraussetzungen dann nicht eingebürgert werden können, wenn sie innerhalb von fünf Jahren nach Einreise eine Berufsausbildung oder -weiterbildung aufgenommen haben?
11. Abgeordneter  
**Bühling**  
(SPD)      Wird die Bundesregierung dabei gegebenenfalls auch den Umstand berücksichtigen, daß die in Betracht kommenden Ausländer bei Kenntnis dieser Praxis fünf Jahre an einer Aus- oder Weiterbildung gehindert werden oder bei Unkenntnis dieser Praxis viele Jahre später durch Verweigerung der Einbürgerung für ihren – grundsätzlich anzuerkennenden und nützlichen – Willen zur beruflichen Qualifizierung und Weiterbildung „bestraft“ werden?
12. Abgeordneter  
**Dr. Rieal**  
(München)  
(CDU/CSU)      Ist es zutreffend, daß ab 1. März 1980 Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes auf Grund der allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Bundesbesoldungsgesetz mehr als 100 DM Einkommensminderung hinnehmen müssen, wenn jeweils mehr als 210 DM im Monat an Kindesunterhalt vom anderen Elternteil geleistet werden, und wie hoch ist gegebenenfalls die Gesamtzahl der betroffenen Beamte und Angestellten?

13. Abgeordneter  
**Dr. Riedl**  
(München)  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die bisherige Regelung der Unterhaltsbemessungsgrenze, die für die Gewährung der Zahlung des Ortszuschlags der Stufe 3 und höher maßgebend war, wieder wirksam werden zu lassen, um ungerechtfertigte Einkommensminderungen zu verhindern?
14. Abgeordneter  
**Dr. Weber**  
(Köln)  
(SPD)
- Welche Überlegungen haben die Bundesregierung veranlaßt, den Ortszuschlag gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 4 des Bundesbesoldungsgesetzes durch die allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Bundesbesoldungsgesetz vom 23. November 1979 zu ändern mit der Folge, daß durch die Herabsetzung des Grenzbetrags für unschädliche „Einkünfte“ des Kindes von 360 DM auf 210 DM fast alle geschiedenen Frauen mit Kindern im öffentlichen Dienst den Anspruch auf den Ortszuschlagsanteil der Stufe 2 verlieren, ohne daß sich an ihren tatsächlichen Verhältnissen seit dieser Zeit irgend etwas geändert hat?
15. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Däubler-Gmelin**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß durch eine seit dem 1. März 1980 inkraft getretene Änderung der allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 40 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes eine Verschlechterung für alleinerziehende Mütter, die für das in ihrem Haushalt lebende Kind nur den gesetzlichen Unterhalt vom Vater erhalten, insoweit eingetreten ist, als für diesen Personenkreis der Verheiratetenzuschlag gestrichen wurde, und wie wird die Bundesregierung diese Benachteiligung alleinerziehender Mütter rückgängig machen?
16. Abgeordneter  
**Kiechle**  
(CDU/CSU)
- Trifft die Mitteilung in der Deutschen Verkehrszeitung vom 10. April 1980 zu, wonach 1978 in Italien 4800 Diebstähle von Lastkraftwagen aus der Bundesrepublik Deutschland polizeilich registriert, 1809 mal Ladung und Fahrzeug entführt und Fahrzeuge bei der Zollabfertigung be- und gestohlen wurden, und sind bereits die entsprechenden Zahlen für 1979 bekannt?
17. Abgeordneter  
**Kiechle**  
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die italienische Regierung zu veranlassen, gegen diese unhaltbaren Zustände vorzugehen, bzw. hat die Bundesregierung bereits in dieser Angelegenheit interveniert?
18. Abgeordneter  
**Walkhoff**  
(SPD)
- Gibt es Hinweise auf die Richtigkeit des in der Presse geäußerten Verdachts, daß das brutale und gewaltsame Vorgehen iranischer Staatsbürger gegen kurdische Demonstranten am 23. April 1980 in Bonn von der iranischen Botschaft gedeckt oder gar initiiert wurde?
19. Abgeordneter  
**Walkhoff**  
(SPD)
- Wenn ja, an welche Konsequenzen denkt die Bundesregierung?
20. Abgeordneter  
**Werner**  
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den jüngst in den USA festgestellten Meßfehlern bei den gängigen Bleibestimmungsverfahren (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. April 1980) im Hinblick auf die in der Bundesrepublik Deutschland angewandten Bleibestimmungsverfahren?

21. Abgeordneter  
**Dr. Schweitzer**  
(SPD)
- Werden Gehaltszulagen, die Trainer von Sportlern aller Sportarten für die erfolgreiche Teilnahme ihrer Sportler im Rahmen von Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen erhalten sollen, gegebenenfalls direkt oder indirekt aus Steuermitteln finanziert?
22. Abgeordneter  
**Benz**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß französische Polizeidienststellen, die mit der Terroristenbekämpfung befaßt sind, eine längere Zeit der Observation der in Paris festgenommenen mutmaßlichen deutschen Terroristinnen empfohlen hatten, um weitere Kontaktpersonen zu ermitteln, der Bundesinnenminister jedoch über seinen französischen Amtskollegen durchgesetzt hat, den Zugriff bereits am Montagnachmittag (5. Mai 1980) vorzunehmen?
23. Abgeordneter  
**Benz**  
(CDU/CSU)
- Welche Motive haben den Bundesinnenminister veranlaßt, bei seinem Fernsehauftritt am Dienstagabend (6. Mai 1980) weit mehr Informationen bekanntzugeben, als die zuständige Bundesanwaltschaft in Karlsruhe im Interesse der weiteren Ermittlung preiszugeben bereit war?
24. Abgeordneter  
**Dr. Jenninger**  
(CDU/CSU)
- Weshalb hat die Bundesregierung bereits einen Tag nach der Verhaftung deutscher Terroristinnen in Paris diese Festnahmen öffentlich bekanntgegeben?
25. Abgeordneter  
**Dr. Jenninger**  
(CDU/CSU)
- Treffen Presseberichte (z. B. Frankfurter Rundschau vom 8. Mai 1980) über eine Verärgerung der französischen Polizei wegen der vorzeitigen Bekanntgabe der Festnahme zu, und teilt die Bundesregierung die Auffassung der französischen Kriminalpolizei, daß hierdurch weitere Fahndungserfolge möglicherweise erschwert bzw. verhindert worden sind?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

26. Abgeordnete  
**Frau Dr. Czempiel**  
(SPD)
- Sind Bemühungen um die Fortbildung der Familienrichter — vor allem im psychologisch-pädagogischen Bereich — unternommen worden, und liegen der Bundesregierung Erfahrungsberichte über die Anhörung minderjähriger Kinder zur Vorbereitung von Sorgerechtsentscheidungen in Ehescheidungsverfahren vor?
27. Abgeordneter  
**Dr. Voss**  
(CDU/CSU)
- Wird sich die Bundesregierung bei den Gesprächen, die zur Zeit zwischen den beteiligten Bundesministerien sowie zwischen der Bundesregierung und den Kammern der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater geführt werden, von denen sie in ihrer Antwort auf die mündliche Anfrage A 22 (Drucksache 8/3914) vom 18. April 1980 berichtet, in der Tendenz dafür einsetzen, daß auch Steuerberater die Zulassung als Abschlußprüfer für die vorgesehenen Pflichtprüfungen der GmbHs erhalten, und ist die Bundesregierung der Ansicht, daß der vergleichsweise hohe Ausbildungs- und Wissensstand der Steuerberater eine derartige Regelung rechtfertigt?

28. Abgeordneter  
**Werner**  
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesjustizminister mit seiner Feststellung in der Presseerklärung vom 24. April 1980 zur Entschließung der Beratenden Versammlung des Europarats über die Abschaffung der Todesstrafe, daß das Grundgesetz für die Unantastbarkeit menschlichen Lebens entschieden habe, die es dem Staat verbiete, einen Menschen für nicht lebenswert zu erklären, aussagen wollen, daß auch das Leben des noch nicht geborenen Menschen von niemandem für nicht lebenswert erklärt werden und getötet werden dürfe?

### Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

29. Abgeordneter  
**Hoffmann**  
(Saarbrücken)  
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Informationen darüber, ob von US-Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland das Entlaubungsmittel „Agent Orange“ eingesetzt wurde, das das Chemieabfallprodukt Dioxin enthält?
30. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Martiny-Glotz**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Gottfried Claus, Abteilungsleiter im Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV), (abgedruckt in „Veröffentlichungen des BAV“ 1/80) daß Risikoüberschüsse und Zinsgewinne aus Kapitalanlagen keine Unternehmensgewinne im üblichen Sinne sind, sondern nicht benötigte Beitragsteile, die an die Versicherungsnehmer zurückzuzahlen bzw. auszuschütten sind, und wie beurteilt sie die Rückerstattungspraxis der Versicherungsunternehmen unter dem Gesichtspunkt der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes?
31. Abgeordnete  
**Frau**  
**Fr. Martiny-Glotz**  
(SPD)
- Sind nach Ansicht der Bundesregierung die Einflußmöglichkeiten des Bundesamts für das Versicherungswesen ausreichend, um die auch vom BAV kritisierten unzureichenden Rückerstattungsquoten (teilweise unter 50 v. H.) der Versicherungsgesellschaften auf möglichst 100 v. H. anzuheben, oder sind gegebenenfalls gesetzliche Regelungen zu treffen, die ein Einschreiten des BAV im Interesse der Versicherungsnehmer sicherstellen?
32. Abgeordneter  
**Dr. Diederich**  
(Berlin)  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die in Japan geregelte Aufteilung der Versicherungsprämie in einen Beitrag für den Schadenausgleich und einen Preis für die Dienstleistungen der Versicherungsunternehmen, und sieht sie Möglichkeiten, durch Übernahme des japanischen Systems die Interessen der Verbraucher nach Preisvergleich und voller Rückerstattung der Überschüsse stärker zu berücksichtigen?
33. Abgeordneter  
**Dr. Diederich**  
(Berlin)  
(SPD)
- Werden die Verbraucher nach Meinung der Bundesregierung ausreichend darüber informiert, daß sie bei einigen Versicherungsgesellschaften die steigenden Kosten für Werbung und Vertrieb, d. h. die Vertreterprovisionen, mit ihren Versicherungsprämien voll finanzieren, während bei anderen Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit diese Kosten zum Teil überhaupt nicht entstehen, und könnte die Information darüber nicht durch Aufteilung der Prämie in einen Schadensbeitrag und einen Preis für die Dienstleistung gefördert werden?

34. Abgeordneter  
**Dr. Jens**  
(SPD) Ist nach Meinung der Bundesregierung die Höhe der zwangsläufig anfallenden Überschüsse in der Lebensversicherung noch gegenüber dem Versicherungsnehmer vertretbar, und könnte das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen durch Verwendung realistischerer Kalkulationsgrundlagen zu niedrigeren Prämien und einem niedrigeren Überschußniveau beitragen?
35. Abgeordneter  
**Dr. Jens**  
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, zu mehr Wettbewerb und Markttransparenz im Versicherungsbereich zu kommen, und sollte u. a. durch geregelte Informationspflichten über Rückkaufwerte und Überschußbeteiligungen und eine Aufteilung der Prämie in einen Preis für die Dienstleistung und einen Beitrag für den Schadensausgleich mehr Markttransparenz angestrebt werden?
36. Abgeordneter  
**Dr. Voss**  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Einbau von ölnabhängigen Befeuerungsanlagen zur Beheizung von Wohnhäusern bzw. von Befeuerungsanlagen, bei denen auch alternativ andere Brennstoffe verwendet werden können, steuerlich gefördert werden sollte, z. B. durch Einbeziehung in die Abschreibungsvergünstigung nach § 82 a EStDV, und wann wird die Bundesregierung gegebenenfalls entsprechende Rechtsänderungen vorschlagen, oder, falls die Bundesregierung dies ablehnt, welche Gründe sprechen gegen eine steuerliche Förderung ölnabhängiger Befeuerungsanlagen?
37. Abgeordneter  
**Horstmeier**  
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, einen Teil des Steueraufkommens aus der Tabak- und Branntweinsteuer für die Wiederherstellung der Gesundheit den Versicherungsträgern zur Verfügung zu stellen?
38. Abgeordneter  
**Niegel**  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß nach der bisherigen Rechtslage der Einsatz von prämien- bzw. steuerbegünstigten Bausparmitteln vor Ablauf der Sperrfrist durch den Mieter als Verwendung zur Verbesserung eines Gebäudes, soweit es Wohnzwecken dient, prämien- bzw. steuerbegünstigt unschädlich möglich ist, auch wenn man nicht auf die Eigentümerstellung des Bausparers abstellt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

39. Abgeordneter  
**Heyenn**  
(SPD) Hält die Bundesregierung die Ungleichbehandlung von Autofahrern mit gleicher Fahrvergangenheit durch Regionalklassen und Berufsgruppentarife in der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung für gerechtfertigt, und sieht sie gegebenenfalls Möglichkeiten, das Prinzip des sozialen Ausgleichs in einer solchen Pflichtversicherung durch Unterbindung von regionalen oder beruflichen Versichertengemeinschaften zu gewährleisten?

40. Abgeordneter  
**Heyenn**  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Versicherungsunternehmen im Bereich der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung Verwaltungskosten durch Risikoüberschüsse und Zinsgewinne aus Kapitalanlagen finanzieren, und welche Möglichkeiten sieht sie, den Versicherten die ihnen zustehenden Überschüsse zukommen zu lassen?
41. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU) Kann der Bundeswirtschaftsminister nach den Gesprächen mit dem Vizeministerpräsidenten der Volksrepublik Polen zu den Forderungen nach weiteren Kreditbürgschaften (Fragestunde 23. April 1980) versichern, daß der Bürge vor Verlusten weiterhin gesichert ist, trotzdem die Volksrepublik Polen durch 40 Milliarden DM Auslandsschulden sowie einem 1980 fälligen Schuldendienst von mindestens 8 Milliarden DM überbelastet ist (Financial Times; ddp 24. April 1980), und hat er als Voraussetzung für die schweren Risiken die von der Bundesregierung wiederholt in Aussicht gestellte und völkerrechtlich berechnete Gewährleistung des menschenrechtlichen Mindeststandards für Deutsche durch die polnische Verwaltung zugesichert erhalten?
42. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU) In welchem prozentualen Anteil und woher aus der heutigen Volksrepublik Polen bezieht die Bundesrepublik Deutschland, nachdem von der Bundesregierung (Stenographischer Bericht über die 213. Sitzung am 23. April 1980) auf den Zusammenhang zwischen dem jüngsten verbürgten Kredit in Höhe von 500 Millionen DM und der Diversifizierung der deutschen Kupferversorgung hingewiesen worden ist, dieses Kupfer?
43. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU) Wieviel polnische Wochen haben im Jahr 1979 in der Bundesrepublik Deutschland und wieviel deutsche Wochen in demselben Zeitraum und mit derselben Dauer in der Volksrepublik Polen stattgefunden?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

44. Abgeordneter  
**Schartz**  
(Trier)  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der französische Landwirtschaftsminister staatliche Beihilfen für den Export von Armagnac-Sektgrundweinen beim Export dieser Weine in die Bundesrepublik Deutschland in Aussicht gestellt hat (vgl. „Die Weinwirtschaft“ vom 11. April 1980), und sind diese Absichten der französischen Regierung mit den EG-Verträgen vereinbar?
45. Abgeordneter  
**Schartz**  
(Trier)  
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung sowohl bei der französischen Regierung als auch bei den europäischen Behörden Schritte gegen die beabsichtigte Zahlung dieser Exportsubventionen unternehmen?
46. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Hartenstein**  
(SPD) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den in letzter Zeit ergangenen Gerichtsurteilen, wonach die Käfighaltung von Legehennen mit dem Tierschutzgesetz nicht vereinbar sei?
47. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Hartenstein**  
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode die Vorlage einer Novelle zum Tierschutzgesetz, um die in diesem Gesetz vorhandenen Lücken zu schließen?



**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Arbeit und Sozialordnung**

48. Abgeordneter  
**Müller**  
(Berlin)  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit zu bestätigen, daß nur deshalb „das Rentenniveau von 50 v. H. nur 1981 geringfügig unterschritten wird“ — wie es im Rentenanpassungsbericht 1980 (Drucksache 8/3845) unter Nummer 1.3.4. heißt — und nicht auch 1982, weil die allgemeine Bemessungsgrundlage und damit auch die einzelne Rente für 1982 auf Grund des 21. Rentenanpassungsgesetzes Artikel 3 § 1255 Abs. 2 RVO bzw. § 32 Abs. 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes um den Krankenversicherungsbeitrag des Jahrs 1981 erhöht wird?
49. Abgeordneter  
**Müller**  
(Berlin)  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, noch in dieser Legislaturperiode einen Entwurf für das im Artikel 3 § 385 Abs. 2 RVO des 21. Rentenanpassungsgesetzes vorgesehene „besondere Gesetz“ einzubringen, mit dem der Beitragssatz für die Beiträge, „die nach dem in § 180 Abs. 5 RVO bestimmten Grundlohn zu bemessen sind“ bestimmt wird, und wenn nein, warum nicht?
50. Abgeordneter  
**Hasinger**  
(CDU/CSU)
- Sind § 1394 Abs. 2 RVO und § 117 Abs. 5 des Angestelltenversicherungsgesetzes in der Fassung des Artikels 3 des 21. Rentenanpassungsgesetzes nach Auffassung der Bundesregierung so zu verstehen, daß die Ausgaben für die Krankenversicherung pflichtversicherter Rentner nicht über die Deutsche Bundespost, sondern über die einzelnen Rentner zu leisten sind oder von einer anderen Stelle und gegebenenfalls von welcher?
51. Abgeordneter  
**Klein**  
(Dieburg)  
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die finanziellen Leistungen (Sold usw.) an die freigemeinnützigen Träger des Zivildienstes (Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiterwohlfahrt, Johanniter-Unfall-Hilfe etc.) zeitnah zu erbringen oder zumindest Vorschüsse an die Träger für die ständig entstehenden Kosten zu leisten?
52. Abgeordneter  
**Klein**  
(Dieburg)  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durchschnittlich drei bis vier Monate, z. T. auch mehr Monate, vergehen, ehe rückwirkend die verauslagten Beträge den freigemeinnützigen Einrichtungen ersetzt werden, und daß gerade angesichts der Hochzinspolitik den Trägern, die in der Regel finanziell nicht gut gestellt sind, erhebliche Belastungen entstehen, und trifft es zu, daß zum Teil jahrelange Versuche der Trägerorganisationen, zu einer Änderung dieser ungenügenden Zahlungsverfahren zu kommen, bisher weitgehend erfolglos geblieben sind?
53. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß Krebserkrankungen der Atemwege, die auf die Einwirkung von Teerdämpfen zurückgehen, als Berufskrankheit anerkannt werden?
54. Abgeordneter  
**Engelsberger**  
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, daß Bundeskanzler Schmidt auf der zentralen Maifeier des DGB in Stuttgart erklärt habe, „keine moralische Rechtfertigung für die Aussperrung erkennen“ zu können, und steht gegebenenfalls eine solche Aussage nicht in eklatantem Widerspruch zur bisherigen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, das gerade im Machtgleichgewicht das Funktionieren der Tarifautonomie gesehen hat?

55. Abgeordneter  
**Dr. Hornhues**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Frage einer Übernahme der Kosten einer künstlichen Befruchtung durch die gesetzliche Krankenversicherung, insbesondere unter dem Aspekt, daß die Kosten einer Abtreibung von der gesetzlichen Krankenversicherung bezahlt werden?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

56. Abgeordneter  
**Kroll-Schlüter**  
(CDU/CSU)
- Ist die Tatsache, daß die Sowjetunion jede Woche eine neue Rakete mit nuklearen Sprengkörpern und jeden Monat zweieinhalb Mittelstreckenbombenflugzeuge produziert und in Position bringt, ein Zeichen der Entspannungspolitik oder des kalten Kriegs?
57. Abgeordnete  
**Frau Simonis**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Personalakten von Wehrpflichtigen, die sich nach Antritt der Wehrpflicht entscheiden, einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung zu stellen, dem MAD zur Überprüfung überstellt werden, und welchen Einfluß haben gegebenenfalls die Berichte des MAD auf die Entscheidung über den Antrag?
58. Abgeordneter  
**Dr. Wörner**  
(CDU/CSU)
- Welche Gründe waren maßgebend, die feierliche Würdigung der 25jährigen Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zur NATO unter Beteiligung des Bundespräsidenten nach Bremen zu legen, und trifft es zu, daß wegen eines heftigen Widerstands aus der Bremer SPD und ihren Untergliederungen besondere Anstrengungen der Bundesregierung erforderlich waren, um vorhersehbaren Störungen zu begegnen?
59. Abgeordneter  
**Dr. Wörner**  
(CDU/CSU)
- Sind — wie der Bremer Bürgermeister Koschnick mitteilte — die SPD-Bundesminister und Ministerpräsidenten gebeten worden, sich ebenfalls zur Verfügung zu stellen, „um das Bestehen der NATO in der Öffentlichkeit nicht der CDU/CSU-Prominenz allein zu überlassen“?
60. Abgeordneter  
**Spranger**  
(CDU/CSU)
- Hatte die Bundesregierung Anhaltspunkte, daß bei der Rekrutenvereidigung in Bremen am 6. Mai 1980 mit gewalttätigen Demonstrationen zu rechnen war, und wenn ja, welche Einzelheiten waren ihr bekannt?
61. Abgeordneter  
**Metz**  
(CDU/CSU)
- Wann hat die Bundesregierung erstmals von der Möglichkeit gewaltsamer Störungen der Rekrutenvereidigung Kenntnis erhalten?
62. Abgeordneter  
**Kunz (Berlin)**  
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung getan, um die Gesundheit und das Leben der Teilnehmer der Rekrutenvereidigung in Bremen am 6. Mai 1980 zu garantieren und um einen friedlichen und ordnungsgemäßen Ablauf der Veranstaltung sicherzustellen?
63. Abgeordneter  
**Broll**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die von den Verantwortlichen beim Bund getroffenen Maßnahmen ausreichend waren, um den Schutz der Teilnehmer und den friedlichen Ablauf der Vereidigung zu garantieren?

64. Abgeordneter  
**Schmidt**  
(Wuppertal)  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß sie mit der derzeitigen Handhabung der Wohnungsfürsorge für Soldaten und deren Familien dem gesetzlichen Auftrag gem. § 31 des Soldatengesetzes im erforderlichen Umfang auch hinsichtlich moderner, zweckmäßig gestalteter und ausgestalteter Wohnungen zu tragbaren Mietbelastungen nachkommt, und wenn ja, wie begründet sie dies?
65. Abgeordneter  
**Schmidt**  
(Wuppertal)  
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet, um der im Bericht der Kommission des Bundesverteidigungsministers zur Stärkung der Führungsfähigkeit und Entscheidungsverantwortung in der Bundeswehr (de Mazière-Bericht) unter Nummer 92 Abs. 2 aufgezeigten Beanstandung abzuweichen, nach der die bei Versetzungen mit Standortwechsel auftretenden Belastungen für den Soldaten und deren Familie nicht in dem notwendigen Umfang abgemildert werden?
66. Abgeordneter  
**Kolb**  
(CDU/CSU)
- Weshalb hat die Bundesregierung Wohnungen von Bauträgern nicht insgesamt angemietet und an Soldaten und deren Familien im Rahmen der Fürsorge weiter vermietet, wie insbesondere auch von der Interessenvertretung der Soldaten angeregt wurde?
67. Abgeordneter  
**Kolb**  
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob und in welchem Umfang bereits Modellversuche über die Globalanmietung von Wohnraum laufen und welche Erfahrungen bisher damit gewonnen wurden?
68. Abgeordneter  
**Sauter**  
(Epfendorf)  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, mit der Gleichbehandlung von Soldaten und deren Familien mit anderen Bediensteten des Bundes hinsichtlich der Wohnungsfürsorge den Interessen der Verteidigung gerecht zu werden, die auch eine schnelle Verfügbarkeit der Soldaten bei der Dienststelle erfordern, und wie begründet sie dies?
69. Abgeordneter  
**Dr. Jahn**  
(Münster)  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Wohnungsfürsorge für Soldaten und deren Familien unnötig kompliziert ist, und wie erklärt sie dies gegebenenfalls?
70. Abgeordneter  
**Dr. Jahn**  
(Münster)  
(CDU/CSU)
- Welche Gründe veranlassen die Bundesregierung, diese Aufgabe durch verschiedene Bundesministerien wahrzunehmen?
71. Abgeordneter  
**Erpenbeck**  
(CDU/CSU)
- Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung, um auch längerdienenden Soldaten und deren Familien eine zeitgerechte Vermögensbildung in Form von Grundeigentum, Eigentumswohnungen bzw. Mietkaufwohnungen unter Berücksichtigung der Versetzungshäufigkeit zu ermöglichen?
72. Abgeordneter  
**Erpenbeck**  
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang hat die Bundesregierung in den letzten zwei Jahren Bundesbedienstetenwohnungen modernisiert, und ist sie der Ansicht, daß sie damit alle Möglichkeiten zur Milderung der Probleme der Wohnungsfürsorge für Soldaten durch Verbesserung des vorhandenen Bestandes erschöpft hat?

73. Abgeordneter  
**Besch**  
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse haben den Bundeskanzler veranlaßt, in seiner Rede auf der 34. Kommandeurs-tagung der Bundeswehr am 29. April 1980 davon zu sprechen, daß das militärische Gleichgewicht angesichts der unverminderten sowjetischen Mittelstreckenwaffenrüstung erst im Lauf der nächsten Jahre „in empfindlicher Weise gestört werden könnte“?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit**

74. Abgeordneter  
**Dr. Wittmann**  
(München)  
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung gegen die Verweigerung des Visums für den Begleiter einer Gruppe von Delegierten deutscher Jugendverbände, Michael Koch, durch die Sowjetunion unternommen, und warum wurde die Reise trotzdem durchgeführt?
75. Abgeordneter  
**Hasinger**  
(CDU/CSU)
- Weshalb hat Bundesminister Frau Huber den Dritten Familienbericht nicht — wie dies beim Zweiten Familienbericht geschehen ist — als gesonderte Broschüre herausgebracht, sondern lediglich eine Anzahl von Bundestagsdrucksachen aufgekauft, und was ist mit den restlichen, für diesen Zweck vorgesehenen Haushaltsmitteln von 100 000 DM geschehen?
76. Abgeordneter  
**Horstmeier**  
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über gesundheitliche Schäden durch übermäßigen Genuß von Tabak und Alkohol vor, und inwieweit sind diese wissenschaftlich abgesichert?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen**

77. Abgeordneter  
**Hoffie**  
(FDP)
- Sind der Bundesregierung die rechtlichen Risiken und die neuen Gefahren für die Verkehrssicherheit (Fehlen von Bremsspuren, Zunahme der Gefahr von Auffahrunfällen durch Verkürzung der Bremsstrecken) bekannt, die durch die Markteinführung von Antiblockiersystemen für Autobremsen entstehen können und wie sie in einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ vom 21. April 1980 im Anschluß an ein Expertenseminar benannt wurden, und wie beurteilt sie solche Bedenken?
78. Abgeordneter  
**Hoffie**  
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, zum Schutz der Verkehrsteilnehmer eine optisch auffallende Kennzeichnung am Heck solcher Fahrzeuge vorzuschreiben, die mit dem Antiblockiersystem ausgerüstet sind?
79. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Czempiel**  
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, für Gehbehinderte — Rollstuhlfahrer — eine Regelung zu schaffen, die es den Kommunen erlaubt, Parkmöglichkeiten für diesen Personenkreis mit amtlichen Kennzeichen zwecks Reservierung auszustatten?

80. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Balsler**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß in einigen Verkehrsverbänden (Hamburg und München) ältere Bürger mit den bei der Deutschen Bundesbahn üblichen Seniorenkarten verbilligt fahren können, hingegen in anderen Verbänden (z. B. Frankfurt am Main) nicht, und kann die Bundesregierung gegebenenfalls darauf hinwirken, daß überall die Seniorenkarte genutzt werden kann?
81. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Balsler**  
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für unbedingt erforderlich, daß ältere Bürger, die wegen irgendeiner leichten Behinderung (etwa Knieverletzung) auf ärztliches Anraten in Verkehrsmitteln sitzen sollen, einen entsprechenden Ausweis nur erhalten, wenn sie durch alle Instanzen hindurch vom Versorgungsamt bescheinigt bekommen, daß sie mindestens zu 50 v. H. erwerbsunfähig seien, womit dann auch eine Verbilligung verknüpft wäre, die diese Bürger aber gar nicht wollen, oder ist dieses bürokratische Verfahren nicht auch durch das Ausstellen eines einfachen Sitzplatzausweises abzukürzen?
82. Abgeordneter  
**Dr. Möller**  
(CDU/CSU)
- Bleibt die Bundesregierung auch nach dem Ergebnis des Gutachtens der Ingenieurgruppe IVV Aachen „Verkehrliche Auswirkungen von Straßennetzalternativen im Raum Bonn“ mit seiner Feststellung, „daß die Ennertrasse eine wichtige Funktion für die Städte Bonn, St. Augustin und Königswinter übernimmt und zu einer wesentlichen Verkehrsentspannung und Umfeldverbesserung im nachgeordneten Straßennetz beitragen kann“ bei ihrer Auffassung, die Verlängerung der Südbrücke zur Frankfurter Autobahn (Ennertrasse) sei entbehrlich?
83. Abgeordneter  
**Lenzer**  
(CDU/CSU)
- Welche Gründe haben dazu geführt, daß die ursprünglich von den Streckenstilllegungsplänen der Deutschen Bundesbahn betroffene Strecke Dillenburg – Ewersbach auch über den 1. Juni 1980 für den Schienenpersonenverkehr erhalten bleibt?
84. Abgeordneter  
**Lenzer**  
(CDU/CSU)
- Welche Gremien sind mit dieser Entscheidung befaßt bzw. über diese Entscheidung zu welchem Zeitpunkt in Kenntnis gesetzt worden?
85. Abgeordneter  
**Flämig**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, ein von den Bundes- und Landesstraßen völlig unabhängiges Fahrradwegenetz außerhalb der Ortsdurchfahrten in der Bundesrepublik Deutschland zu errichten, um einem zunehmenden Bedürfnis Rechnung zu tragen und gleichzeitig die mit der Anlage von Radwegen am Rande von Straßen unumgängliche Belästigung und Gesundheitsgefährdung der Radfahrer durch Autoabgase oder abgestellte Kraftfahrzeuge zu vermeiden?
86. Abgeordneter  
**Dr. Schweitzer**  
(SPD)
- Verfolgt die Bundesregierung nach wie vor die Absicht, sich mit dem Land Rheinland-Pfalz auf ein Junktim zwischen Ausscheiden als einer der Gesellschafter der Nürburgring AG und Mitfinanzierung der geplanten Ausbaustrecke vertraglich zu einigen, und wie ist der gegenwärtige Stand der Verhandlungen mit der rheinland-pfälzischen Landesregierung in dieser Beziehung zu beurteilen?

### Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

87. Abgeordnete  
Frau  
Steinhauer  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Ergebnisse der Ausbildungsabschlußprüfungen in den kaufmännischen Berufen im Durchschnitt schlechter sind als die Ergebnisse in den gewerblich-technischen Berufen, und sind die Ursachen in zu hohen Prüfungsanforderungen, in mangelnder Ausbildung, im nicht Übereinstimmen von betrieblicher und schulischer Ausbildung oder in anderen Gründen zu suchen?
88. Abgeordnete  
Frau  
Steinhauer  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß auch deutlich unterschiedliche Ausbildungsabschlußergebnisse im regionalen Bereich festzustellen sind sowohl bei den kaufmännischen Berufen, als auch bei den gewerblich-technischen Berufen, und womit können diese begründet werden?
89. Abgeordneter  
Thüsing  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Ausmaß die Bundesbürger von den Angeboten der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung Gebrauch machen?
90. Abgeordneter  
Thüsing  
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die kulturellen und religiösen Bedürfnisse moslemischer Kinder in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland zu befriedigen, um zu verhindern, daß moslemische Eltern ihre Kinder außerhalb der Schule in Koranschulen schicken, die teilweise zur Propagierung rechtsextremistischen Gedankenguts mißbraucht werden?

### Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

91. Abgeordneter  
von der Heydt  
Freiherr  
von Massenbach  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß ein Brief Präsident Carters an Bundeskanzler Schmidt, in dem der amerikanische Präsident die Bundesregierung über Zeitpunkt des Inkrafttretens und Umfang der amerikanischen Sanktionen gegen den Iran informierte, im Bundeskanzleramt zwei Tage lang verschollen blieb, und wenn ja, wie ist dies möglich, und welche Konsequenzen werden aus diesem Vorfall gezogen?

### Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

92. Abgeordneter  
von der Heydt  
Freiherr  
von Massenbach  
(CDU/CSU) Wann und in welcher Form hat die Bundesregierung von der amerikanischen Regierung die ersten Hinweise und Informationen über die beabsichtigte Befreiung der in der Teheraner Botschaft festgehaltenen Geiseln erhalten, und kann im Lichte der tatsächlichen Informationen wirklich der Vorwurf mangelnder Konsultation aufrechterhalten werden?
93. Abgeordneter  
Dr. Wittmann  
(München)  
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, daß die Geiselnnehmer von Teheran in der „DDR“ oder in der UdSSR ausgebildet worden sind?

94. Abgeordneter  
**Graf  
Stauffenberg**  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß im Hinblick auf die jüngsten weltpolitischen Entscheidungen die Ankündigung und die Vorbereitung eines offiziellen, feierlichen Gegenbesuchs des Bundeskanzlers in Moskau dem Interesse der freien Welt abträglich wäre und den inneren, vertrauensvollen Zusammenhalt des atlantischen Bündnisses schwer belasten würde?
95. Abgeordneter  
**Graf  
Stauffenberg**  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Sorge, daß die Glaubwürdigkeit und die Ernsthaftigkeit ihrer Empfehlung an deutsche Sportler und Sportorganisationen, unter den gegebenen Verhältnissen den Olympischen Spielen in Moskau fernzubleiben, zweifelhaft und in Frage gestellt wird, wenn gleichzeitig die Vorbereitungen für eine aufwendige, staatsbesuchsartige Reise des Bundeskanzlers nach Moskau bekanntgegeben wird?
96. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die von der Volksrepublik Polen voll unterstützte Rechtsauffassung der Sowjetunion in den Verhandlungen über die Völkermordkonvention vom 11. Dezember 1948 (Plenarsitzung der Generalversammlung der UN vom 9. Dezember 1948, Summary records of meetings 21. September bis 12. Dezember 1948, Seite 813), daß nach allgemeinem Völkerrecht unter „kulturellem Völkermord“ u. a. Handlungen zu verstehen sind, „welche den Gebrauch der Muttersprache im täglichen Verkehr oder in den Schulen, sowie den Druck und die Verbreitung und Veröffentlichung in der Muttersprache verbieten“ (vgl. sowjetischen Antrag vom 5. Dezember 1948, Document A/766), und ist sie bereit, mit der Regierung der Volksrepublik Polen Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, daß die Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten die ihnen bisher vorenthaltenen Rechte erhalten?

**B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien  
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren  
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung  
gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und  
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter  
**Dr. Möller**  
(CDU/CSU)      Mit welchen Tatsachen belegt der Bundeskanzler seine Feststellung, die Massenmedien hätten als selbständige Faktoren eine „bedenkliche Rolle“ gespielt und seien „mitverantwortlich für die Schwierigkeiten in der Allianz“ (Kölner Stadtanzeiger vom 2. Mai 1980)?

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

2. Abgeordneter  
**Dr. Marx**  
(CDU/CSU)      Ist der Bundesregierung bekannt, ob der frühere Ugandapäsident Idi Amin sich immer noch unter dem Schutz Libyens in diesem Land aufhält?
3. Abgeordneter  
**Dr. Schwencke**  
(Nienburg)  
(SPD)      Ist die Bundesregierung bereit, Überlegungen zu unterstützen, damit zwei weitere Außenbüros der EG-Kommission in der Bundesrepublik Deutschland eingerichtet werden?
4. Abgeordneter  
**Dr. Schwencke**  
(Nienburg)  
(SPD)      Ist die Bundesregierung bereit, meinen Vorschlag zu unterstützen, der die Errichtung eines norddeutschen EG-Büros in der Messestadt Hannover beinhaltet?
5. Abgeordneter  
**Schäfer**  
(Mainz)  
(FDP)      Treffen Pressemeldungen zu, daß in letzter Zeit Südafrika Truppen an der angolansich-namibischen Grenze zusammenzieht und daß die südafrikanische Luftwaffe seit Anfang März mehrmals Ziele in der angolansichen Provinz Cunene entlang der Grenze von Namibia bombardiert hat?
6. Abgeordneter  
**Schäfer**  
(Mainz)  
(FDP)      Ist der Bundesregierung bekannt, ob es südafrikanische Truppenkontingente außerhalb des Territoriums der Republik Südafrika gibt, und wenn ja, wo und in welcher Stärke?
7. Abgeordneter  
**Graf**  
**Stauffenberg**  
(CDU/CSU)      Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um den Nachrüstungsbeschluß der NATO sowohl hinsichtlich der Entwicklung und Produktion zur Abschreckung geeigneter Raketensysteme als auch hinsichtlich des Verhandlungsangebots der NATO an die Sowjetunion in die Praxis umzusetzen?
8. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU)      Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele polnische Staatsangehörige in den 28 Außenhandelsunternehmen und 38 Zweigbüros im Auftrag der Regierung der Volksrepublik Polen in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten?
9. Abgeordneter  
**Dr. Marx**  
(CDU/CSU)      Ist der Bundesregierung bekannt, wann und mit welchen Verpflichtungen sich die Sowjetunion einseitig verpflichtet oder bi- und/oder multilaterale Vereinbarungen getroffen hat, welche ihr den Einsatz von chemischen Kampfstoffen verbieten?



10. Abgeordneter  
**Dr. Marx**  
(CDU/CSU)      Welche Schritte hat die Bundesregierung auf internationalem Felde eingeleitet, um auf eine UN-Konferenz zur Lage in Kambodscha und der Kamboodschaner hinzuwirken?
11. Abgeordneter  
**Dr. Schweitzer**  
(SPD)      Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der Visaerteilung an polnische Staatsangehörige für Besuchsreisen in die Bundesrepublik Deutschland in unserer Botschaft in Warschau erhebliche Wartezeiten in Kauf zu nehmen sind, und welche Maßnahmen können eventuell zur Verstärkung des dortigen Personals und in anderer Richtung getroffen werden?

### Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

12. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Däubler-**  
**Gmelin**  
(SPD)      Welche Konsequenzen, etwa im Hinblick auf deutlich erhöhten Freizeitausgleich, zieht die Bundesregierung aus der im Oktober 1979 vorgelegten Studie „Problemanalyse der Schichtarbeit bei der Deutschen Bundespost“?
13. Abgeordneter  
**Dr. Stercken**  
(CDU/CSU)      Ist der Bundesregierung bekannt, daß angesichts des Boykotts der Olympischen Spiele eine wesentlich größere Zahl von Equipen und Reitern das diesjährige 44. CHIO, das der Aachen-Laurensberger Rennverein vom 10. bis 15. Juni veranstaltet, besuchen wird, und ist sie in der Lage und bereit, bei der Finanzierung der dadurch entstehenden Mehrkosten mitzuwirken?
14. Abgeordneter  
**Engelsberger**  
(CDU/CSU)      Treffen Pressemeldungen zu, daß Bundesminister Baum auf der Tagung des Deutschen Naturschutzinges in Oberammergau sich für die Verbandsklage stark gemacht habe, und müßte bei einer entsprechenden gesetzlichen Regelung nicht mit unüberwindlichen Schwierigkeiten bei der Realisierung mancher wirtschaftlicher Vorhaben gerechnet werden?
15. Abgeordneter  
**Spitzmüller**  
(FDP)      Bis wann gedenkt die Bundesregierung dem Entschließungsantrag des Deutschen Bundestages vom 2. Mai 1977 zu entsprechen, eine Besitzstandsregelung für diejenigen Beihilfeberechtigten des Bundes zu schaffen, die durch das Zwanzigste Rentenanpassungsgesetz ihre Ansprüche als Beamte aus dem Kreis der Versicherten verloren haben und denen Leistungen aus der Rentenversicherung gewährt werden konnten (z. B. Ansprüche auf medizinische Rehabilitationsmaßnahmen, Kuren für Ehefrauen und Kinder)?
16. Abgeordnete  
**Frau**  
**Männle**  
(CDU/CSU)      Wie viele weibliche ehrenamtliche Helfer sowie hauptamtliche Bedienstete gibt es im Bereich des Zivilschutzes, insbesondere des Selbstschutzes, und wie hoch ist deren Anteil?
17. Abgeordnete  
**Frau**  
**Männle**  
(CDU/CSU)      Was hat die Bundesregierung getan, um die ehrenamtliche, aber auch hauptamtliche Mitarbeit von Frauen im Zivilschutz, insbesondere im Selbstschutz, zu fördern?

18. Abgeordnete  
**Frau  
Männle**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Hausfrauen, die sich als Helfer im Zivilschutz, insbesondere im Selbstschutz, verpflichtet haben oder zu verpflichten beabsichtigen, die Aufwendungen für eine Ersatzkraft während der Zeit ihrer Ausbildung nicht erstattet werden, und sieht die Bundesregierung darin nicht eine Unmöglichmachung der Gewinnung der Mitarbeit gerade dieses Personenkreises der für den Zivilschutz, insbesondere aber den Selbstschutz, große Bedeutung hat?
19. Abgeordnete  
**Frau  
Männle**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, den auf Seiten des Bundesinnenministers erarbeiteten Entwurf einer Rechtsverordnung nach § 11 des Zivilschutzgesetzes (Verordnung über Rechtsverhältnisse der Helfer im Zivilschutz) dahin gehend zu überprüfen, daß der für den Selbstschutz besonders zu gewinnende Personenkreis der Hausfrauen gegenüber den Erwerbstätigen bei der Gewährung von Ersatzleistungen nicht benachteiligt wird?
20. Abgeordneter  
**Schäfer**  
(Offenburg)  
(SPD)
- Trifft es zu, daß der TÜV-Rheinland in einem Gutachten zum geplanten Kernkraftwerkstandort Neupotz (Rheinland-Pfalz) zum Ergebnis gelangt, daß ohne Änderung der dortigen Verkehrsinfrastruktur der geplante Standort unter dem Gesichtspunkt von Notfallschutzmaßnahmen nicht geeignet ist?
21. Abgeordneter  
**Schäfer**  
(Offenburg)  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung dieses Gutachten bekannt, und welche genehmigungsrechtlichen Folgerungen gedenkt sie daraus zu ziehen?
22. Abgeordneter  
**Schäfer**  
(Offenburg)  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß das genannte Gutachten dem Parlament zur Bewertung zugänglich gemacht wird?
23. Abgeordneter  
**Dr. Schöfberger**  
(SPD)
- Wird die Sonderurlaubsverordnung des Bundes bei Gewährung von fortbezahltem oder unbezahltem Sonderurlaub für die Ausbildung zum oder die Tätigkeit als ehrenamtlicher Jugendgruppenleiter bundeseinheitlich insbesondere auch in den Bereichen Deutsche Bundespost, Deutsche Bundesbahn und Bundesgrenzschutz, vollzogen, oder welche Vollzugsschwierigkeiten treten auf, und sind der Bundesregierung einschlägige Klagen der betroffenen Vereine und Verbände bekannt geworden?
24. Abgeordneter  
**Dr. Schöfberger**  
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für wünschenswert und möglich, die Gewährung von Sonderurlaub nicht mehr von der tatsächlichen Förderung des Vorhabens, sondern von der Förderungswürdigkeit abhängig zu machen, um die Vereine und Verbände, die ihre Jugendarbeit wegen Knappheit öffentlicher Jugendplanmittel überwiegend selbst finanzieren, nicht auch noch durch die Verweigerung von Sonderurlaub für ihre ehrenamtlichen Jugendgruppenleiter zu benachteiligen, oder kann wenigstens auch die Förderung mit kommunalen Jugendplanmitteln neben der Förderung mit Bundes- und Landesmitteln als Voraussetzung für Sonderurlaub anerkannt werden, oder kann die Möglichkeit des unbezahlten Sonderurlaubs nach § 13 Abs. 1 der Sonderurlaubsverordnung generell in die Form des Sonderurlaubs unter Fortbezahlung der Dienstbezüge umgewandelt werden?

25. Abgeordneter  
**Dr. Schöffberger**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, bei der Gewährung von Sonderurlaub für ehrenamtliche Jugendgruppenleiter es den Trägern der Jugendarbeit selbst zu überlassen, Art und Weise, Ziel und Abschluß der Ausbildung zum Jugendgruppenleiter festzulegen und den Abschluß einer solchen Ausbildung nicht mehr wie bisher von der formellen Erteilung eines Jugendgruppenleiterausweises abhängig zu machen?
26. Abgeordneter  
**Dr. Schöffberger**  
(SPD) Ist angesichts der unterschiedlichen Bundes- und Landesnormen über die Gewährung von Sonderurlaub für ehrenamtliche Jugendgruppenleiter überhaupt ein für die Träger der Jugendarbeit befriedigender Vollzug über die Ländergrenzen hinweg möglich, und wenn nicht, strebt die Bundesregierung eine bundeseinheitliche Normierung an?
27. Abgeordnete  
Frau  
**Dr. Walz**  
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung die Pläne der USA und Japans zur Errichtung einer „Internationalen Atom-müll-Tonne“ im Pazifik bekannt, und wenn ja, über welche Einzelheiten ist sie in diesem Zusammenhang unterrichtet, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
28. Abgeordnete  
Frau  
**Dr. Walz**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung darüber informiert, daß sich Regierungsbeauftragte beider Staaten bereits zur Erörterung konkreter Maßnahmen getroffen haben, und welche besonderen Einzelheiten sind der Bundesregierung über diese Verhandlungen bekannt geworden?
29. Abgeordnete  
Frau  
**Dr. Walz**  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die finanziellen Voraussetzungen sowie sicherheitstechnischen Möglichkeiten und Erfordernisse, abgebrannte Kernbrennstoffelemente und/oder radioaktiven Abfall auf dem Meeresgrund zu lagern?
30. Abgeordnete  
Frau  
**Dr. Walz**  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Pläne der USA und Japans angesichts der Tatsache, daß die geltende internationale Konvention eine derartige Lagerung hochradioaktiver Materialien, wie sie abgebrannte Brennelemente darstellen, verbietet?
31. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen sind bisher von der Bundesregierung in Ausführung der vom Deutschen Bundestag am 23. Juni 1978 verabschiedeten Entschließung (Drucksache 8/1945) zur Aufnahme von Schutzsuchenden aus Bürgerkriegs- und anderen Krisengebieten (Nummer 4) getroffen worden, welche weiteren Maßnahmen sind beabsichtigt?
32. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU) Wie viele Vietnamflüchtlinge wurden im Jahr 1979 in der Bundesrepublik Deutschland als Asylberechtigte anerkannt bzw. abgelehnt?
33. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU) Wie viele als Asylberechtigte anerkannte Ausländer wurden – unter Aufschlüsselung der Jahre 1978 und 1979 – seit Errichtung des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge im Jahr 1953 bis zum 31. Dezember 1979 in der Bundesrepublik Deutschland eingebürgert?

34. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU) Verfügt der Bundesinnenminister über die nötige Sachkenntnis, und wenn ja, woher, in der gerade erst anlaufenden Diskussion über eine eventuelle zivile Mitbenutzung des Gütersloher Militärflughafens die Meinung zu vertreten, „ich kann nur nachdrücklich davor warnen“ und „eine ökonomische Auslastung ist nicht gegeben“, und aus welchen Gründen riet der Bundesinnenminister nach Pressemeldungen vom 29. April 1980 seinen knapp 20 erschienenen Gütersloher Parteifreunden mit den Worten „Lassen Sie sich nicht verblüffen!“ zum Widerstand gegen das Gütersloher Projekt?
35. Abgeordneter  
**Dr. Steger**  
(SPD) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die von der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) geplante Größe und Technologie einer Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen, und wie beurteilt sie diese Planungen?
36. Abgeordneter  
**Dr. Steger**  
(SPD) Was ist der Bundesregierung an Schäden bekannt, die nach Stilllegung des Kernkraftwerks KRB 1 in Gundremmingen bekannt wurden, und welche Konsequenzen für die weitere Ausgestaltung der Sicherheitstechnik will sie gegebenenfalls daraus ziehen?
37. Abgeordneter  
**Dr. Möller**  
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Tatsachen und „Dienstpostenbewertungen“ bekannt, die es rechtfertigen, daß die Mitarbeiter der europäischen Organe auf vergleichbaren Positionen durchweg eine um nahezu doppelt so hohe Vergütung erhalten als deutsche Beamte, und wenn ja, welche?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

38. Abgeordneter  
**Dr. Wittmann**  
(München)  
(CDU/CSU) Unter welcher Bezeichnung können ausländische Vertreter in Patentsachen vor dem Europäischen Patentamt auftreten oder sich in Deutschland niederlassen?
39. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Däubler-**  
**Gmelin**  
(SPD) Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, durch geeignete Maßnahmen, gegebenenfalls durch gesetzgeberische Initiativen, darauf hinzuwirken, daß Reiseveranstalter keinen Preisreduktionen ausgesetzt sind durch die Anwesenheit einer Gruppe Behinderter in einem Pauschalvertragshotel, wie nach der Entscheidung des Landgerichts Frankfurt/Main geschehen?
40. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD) Erwägt die Bundesregierung eine Änderung des § 1705 BGB, um auch den Vater eines nichtehelichen Kindes am Sorgerecht für das Kind beteiligen zu können?
41. Abgeordneter  
**Spranger**  
(CDU/CSU) Ist der Bericht in der „Zeit“ vom 4. April 1980, Seite 54, zutreffend, daß der Bundesjustizminister nicht die Gefahr einer Prozeßflut sieht, die bei gleicher Richterzahl zum „Justitium“ (Stillstand der Rechtspflege) führen kann?

42. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung der in der „Zeit“ vom 4. April 1980, Seite 54, geschilderten Diskrepanz begegnen, daß einerseits durch Prozeßkostenhilfe der Weg zu den Gerichten erleichtert, aber oben das Recht durch Beschneidung der Rechtsmittelmöglichkeiten, „Abwimmelinstrumente“ der oberen Gerichte, Ausweitung des Anwaltszwangs und Erhöhung der Streitwertsummen wieder eingeengt wird?
43. Abgeordneter **Neumann** (Bramsche) (SPD) Ist der Bundesregierung das Urteil des Landgerichts Frankfurt vom 25. Februar 1980 bekannt, wonach einer Reisenden ein Entschädigungsanspruch zuerkannt worden ist, weil in dem von ihr gebuchten Hotel Behinderte untergebracht waren, und gedenkt die Bundesregierung durch eine gesetzliche Regelung Geldansprüche dieser Art in Zukunft auszuschließen?

### Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

44. Abgeordneter **Hoffie** (FDP) Ist die Bundesregierung bereit, noch vor der angekündigten Umlage der Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer die Taxiunternehmungen von der Mineralölsteuer zu befreien, nachdem die Mineralölverteuerung zu einer existenzbedrohenden Situation für das Gewerbe führt und eine Erhöhung der Fahrpreise nicht mehr durchsetzbar ist?
45. Abgeordneter **Hoffie** (FDP) Inwieweit betrachtet die Bundesregierung ihre Bedenken hinsichtlich der Mißbrauchsmöglichkeiten als ausgeräumt, wenn der versteuerte Jahresumsatz des jeweiligen Taxiunternehmens als Bemessungsgrundlage für die Mineralölsteuerbefreiung dienen würde?
46. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, dem Deutschen Bundestag eine Änderung des § 7 b Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes dahin gehend vorzuschlagen, daß auch Um- und Erweiterungsbauten von Ein- und Zweifamilienhäusern, die nach dem 1. Januar 1964 bezugsfertig wurden, mit 5 v. H. im Jahr abgeschrieben werden dürfen, zumal vor allem kinderreiche Familien, denen die finanziellen Mittel für ein zweites steuerlich begünstigtes Familienheim fehlen, davon betroffen sind?
47. Abgeordneter **Dr. Lenz** (Bergstraße) (CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, wonach der Bundesregierung inzwischen die amerikanischen Pläne zur intensiveren Nutzung des Panzerübungsgeländes Viernheimer/Lampertheimer Wald, sowie die Stellungnahme der hessischen Landesregierung dazu vorliegen, und daß sie inzwischen Verhandlungen mit den amerikanischen Streitkräften darüber aufgenommen hat?
48. Abgeordneter **Berger** (Lahnstein) (CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, an die zum Truppenübungsplatz Baumholder gehörende bundeseigene Kläranlage zu deren Auslastung, was wiederum eine Voraussetzung für deren Funktionsfähigkeit wäre, die Gemeinde Reichenbach anzuschließen und dabei im Sinne eines gewissen Ausgleichs für hinzunehmende Lärm- und Militärverkehrsbelästigungen dieser Anliegergemeinde die an sich zu fordernde Anschlußgebühr zu erlassen und lediglich eine Nutzungsgebühr zu erheben?

49. Abgeordneter  
**Stutzer**  
(CDU/CSU)      Warum sind im Gegensatz zu den Schiffen des Seenotrettungsdienstes die Betriebsstoffe für die Rettungs- und Einsatzboote der DLRG nicht zollfrei gemäß § 72 der Allgemeinen Zollordnung, und beabsichtigt der Bundesfinanzminister, künftig die Schiffe der DLRG, die ebenfalls Menschen aus Seenot retten, denen des Seenotrettungsdienstes hinsichtlich der Zollfreiheit der Betriebsstoffe gleichzustellen?
50. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU)      Treffen Pressemeldungen des Informationsdienstes Geldbrief sowie der Welt am Sonntag vom 4. Mai 1980 zu, wonach eine völlige Neuordnung unseres Währungssystems eine bereits beschlossene Sache sei und viele Vermögen und Sparguthaben dadurch Vernichtet würden, zumal das neue Geld bereits gedruckt sein soll?
51. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU)      Trifft es zu, daß die Bundesregierung und die Deutsche Bundesbank in Anbetracht der großen Verschuldung der öffentlichen Hand Überlegungen zur völligen Neuordnung des deutschen Währungssystems angestellt haben, oder sind Vorschläge in ähnlicher Richtung bzw. in anderer Weise erarbeitet worden?
52. Abgeordneter  
**von der Heydt  
Freiherr von  
Massenbach**  
(CDU/CSU)      Ist die Bundesregierung bereit, den Abschreibungsmodus bei Aufwendungen für Wärmedämmungsmaßnahmen an Wohngebäuden dahin gehend abzuändern, daß die steuerliche Berücksichtigung für derartige Aufwendungen durch Eintragung eines entsprechenden Freibetrags in die Lohnsteuerkarte ermöglicht wird, und nicht erst, wie es heute der Fall ist, eine Berücksichtigung bei späteren Einkommensteuerveranlagungen erfolgt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

53. Abgeordneter  
**Dr. Holtz**  
(SPD)      Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, daß angesichts der augenblicklichen Situation in Guatemala mit Genehmigung des Bundeswirtschaftsministers Handfeuerwaffen und zugehörige Munition nach Guatemala ausgeführt werden dürfen?
54. Abgeordneter  
**Ueberhorst**  
(SPD)      Hält die Bundesregierung die in der Studie der Bergbauforschung errechneten Zahlen zur möglichen Steigerung der Förderung bei der deutschen Braunkohle auf etwa 100 Millionen t bis zum Jahr 2000 und auf 115 Millionen t bis zum Jahr 2030 für erreichbar?
55. Abgeordneter  
**Ueberhorst**  
(SPD)      Gibt es gegebenenfalls andere Studien, die zu anderen Ergebnissen kommen?
56. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU)      Trifft es zu, daß die Bundesregierung „selbstverständlich jederzeit bereit (ist), Mißverständnisse oder Ungenauigkeiten, die sich bei Antworten im Zuge einer Fragestunde ergeben könnten, richtigzustellen“ (Die Welt, 26. April 1980)?

57. Abgeordneter  
Russe  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, unter Umständen im Zusammenwirken mit dem Land Nordrhein-Westfalen (NW), Konsequenzen aus der Studie „Europas Revier“ von Prof. Landwehrmann zu ziehen, der im Revier erhebliche infrastrukturelle Mängel festgestellt hat, wie 19 Ärzte auf 10 000 Einwohner in den kreisfreien Städten des Ruhrgebiets gegenüber 29 Ärzten auf 10 000 Einwohner in kreisfreien Städten von NW außerhalb des Reviers, Defizit an Bildungseinrichtungen im Vergleich zu anderen Ballungsräumen der Bundesrepublik Deutschland bzw. Mängel im Gesundheitswesen, z. B. Kindersterblichkeit in Gelsenkirchen 44 v. H. über dem Landesdurchschnitt?
58. Abgeordneter  
Russe  
(CDU/CSU) Wenn ja, welche?
59. Abgeordneter  
Russe  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Schlußfolgerung von Prof. Landwehrmann, daß sich eine Gesundung des Reviers u. a. durch wirtschaftsstrukturelle Maßnahmen, Hebung des Bildungsniveaus, Stärkung des Dienstleistungssektors und Förderung von Selbständigen und Mittelbetrieben bewerkstelligen lasse?
60. Abgeordneter  
Russe  
(CDU/CSU) Wie erklärt sich die Bundesregierung den Umstand, daß es trotz der „Ruhrprogramme“ von 1968, 1970 und 1978 nicht gelungen ist, die Lebens- und Überlebenschancen des nordrhein-westfälischen Kernraums dauerhaft zu gewährleisten?
61. Abgeordneter  
Dr. Steger  
(SPD) Welche Konsequenzen für Erdgaslieferungen aus Algerien ergeben sich nach Kenntnis der Bundesregierung aus der Pipelineverlegung von Algerien nach Italien, und inwieweit hält die Bundesregierung bisher abgeschlossene Verträge für verflüssigtes Erdgas aus Algerien noch für gesichert?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

62. Abgeordneter  
Paintner  
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Prozent des in der Europäischen Gemeinschaft erzeugten Obstes und wieviel Prozent der angelandeten Fische im vergangenen Jahr interveniert worden sind, und was mit den intervenierten Mengen geschehen ist?
63. Abgeordneter  
Paintner  
(FDP) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie die Situation der deutschen Schafhalter zu beurteilen ist, und sind die Klagen aus Bayern berechtigt, die grundsätzliche Haltung der Bundesregierung zur Schafzucht bedrohe die Existenz der Betriebe?
64. Abgeordneter  
Paintner  
(FDP) Treffen aus Sicht der Bundesregierung die Behauptungen in der Süddeutschen Zeitung vom 9. April zu, daß der Bundesernährungsminister und die ihm unterstellten Forschungseinrichtungen den Intensivlandbau fördern, der „die Artenvielfalt der Tiere und Pflanzen zerstört, das Land kaputt macht“ und daß „die Ziele zum Beispiel der Züchtungsforschung eben nicht Pflanzen sind, die mit wenig Chemie auskommen“?

65. Abgeordneter  
**Paintner**  
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Bayern Probleme auf den Schweinemärkten dadurch entstanden sein sollen, daß infolge einer plötzlich verstärkten italienischen Salmonellen-Grenzkontrolle holländische Lieferanten ihre eigentlich für Italien bestimmte Ware einfach auf den bayerischen Markt geworfen haben, und wie kann hier Abhilfe geschaffen werden?
66. Abgeordneter  
**Schreiber**  
(SPD)
- Sind der Bundesregierung die Klagen von Jagdverbänden und Organisationen der Brieftaubenzüchter über erhebliche Verluste von Niederwild und Brieftauben durch Greifvögel bekannt, und beabsichtigt die Bundesregierung, durch eine Änderung der Verordnung des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Jagdzeiten vom 2. April 1977 eine zeitlich beschränkte und begrenzte alljährliche Abschußerlaubnis für bestimmte Greifvogelarten zu normieren, damit das biologische Gleichgewicht zwischen Greifvögeln einerseits sowie Wild- und Haustieren andererseits, das durch die in den letzten Jahren aufgetretene starke Zunahme der Greife (vgl. das Ergebnis der Greifvogelbestandsermittlung 1979 des Landesjagdverbands Nordrhein-Westfalen) einseitig verlagert wurde, wiederhergestellt wird?
67. Abgeordneter  
**Dr. Ritz**  
(CDU/CSU)
- Sind Meldungen richtig, nach denen willkürlich veterinärrechtliche Festlegungen durch Italien die traditionellen Mastschweinelieferungen von Holland nach Italien unterbrochen wurden und dadurch zusätzlich in den deutschen Markt gedrückt worden sind, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zu einer Entlastung auf dem deutschen Mastschweinemarkt zu kommen?
68. Abgeordneter  
**Stutzer**  
(CDU/CSU)
- Welche heimischen, am Wasser lebenden Säugetierarten gelten in der Bundesrepublik Deutschland als vom Aussterben bedroht, und was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um diese bedrohten Tierarten zu erhalten?
69. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU)
- Wie ist die Aussage des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 9. Oktober 1979 (Fragen B 172 und 173 in Drucksache 8/3237), daß der Bundesregierung in Zusammenhang mit dem Flurbereinigungsgesetz „bisher keine besonderen Probleme bekannt geworden sind“, mit der Aussage des Bundesinnenministers am 28. April 1980 in Gütersloh zu vereinbaren, das veraltete Flurbereinigungsgesetz mit seiner nicht mehr zeitgemäßen Behördenstruktur müsse dringend geändert werden, zumal „gerade bei den Flurbereinigungsbehörden oder dem Landschaftsverband der Hochmut der Beamten besonders ausgeprägt“ sei?
70. Abgeordneter  
**Neumann**  
**(Bramsche)**  
(SPD)
- Ist es richtig, daß die Europäische Gemeinschaft für Butterlieferungen in die Sowjetunion eine Ausfuhrsubvention von 5,40 DM bis 5,70 DM pro Kilogramm zahlt, und in welchem Umfang werden die Subventionen geleistet?



**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Arbeit und Sozialordnung**

71. Abgeordneter  
**Dr. Schwörer**  
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Meldungen bekannt, daß in bundesdeutschen Krankenhäusern durch mangelhafte Kenntnis moderner Geräte und Apparaturen zunehmend mehr Bedienungsfehler vorkommen, die eine ernsthafte Gefährdung von Gesundheit und Leben der Patienten bewirken, und wie beurteilt sie den Vorschlag von Prof. O. Anna-Hannover, eine Art „Führerschein“ für die Bedienung bestimmter Geräte einzuführen, der alle zwei Jahre erneuert werden sollte?
72. Abgeordneter  
**Dr. Schwörer**  
(CDU/CSU)
- Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, daß bei der Gestaltung der Geräte und bei der Anordnung ganzer Gerätegruppen durch die Hersteller mehr Wert auf Übersichtlichkeit und leichte Bedienbarkeit gelegt wird, und könnte sie nicht dafür sorgen, daß der Industrie gegenüber klare Forderungen für den Bau solcher Anlagen aufgestellt werden, die Bedienungsfehler weitgehend unmöglich machen, und könnte dieser Forderung nicht durch entsprechende Gesetze oder Verordnungen Nachdruck verliehen werden?
73. Abgeordneter  
**Dr. Schwörer**  
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Kritik bezüglich des neuen „Gerätesicherheitsgesetzes“, das nach Auffassung von Fachleuten zum Teil unklare und vage Bestimmungen enthält und für das es noch keine Ausführungsbestimmungen gibt, und könnte nicht in einer möglichst kurzen Frist bei diesen Ausführungsbestimmungen das Versäumte korrigiert werden?
74. Abgeordneter  
**Dr. Jobst**  
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, daß ein Soldat auf Zeit Pflichtversicherungsbeiträge von monatlich 132 DM an die Landwirtschaftliche Krankenkasse zahlen muß, wenn er auch Bewirtschafter eines landwirtschaftlichen Anwesens ist, obwohl er einen Krankenversicherungsschutz durch die Bundeswehr hat, und wird sie einen Änderungsantrag zum Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte vorlegen?
75. Abgeordneter  
**Kroll-Schlüter**  
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Feststellung einer Erhebung (INFAS) im Auftrag des Bundesarbeitsministers, daß nur 38 v. H. der Befragten erneut das Krankenhaus aufsuchen würden, in dem sie zuletzt lagen, nur 51 v. H. das Krankenhaus für „qualifiziert“ halten und 37 v. H. der Befragten das Klein-Krankenhaus favorisieren, das in der Regel nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz nicht mehr förderungsfähig ist, und welche Schlußfolgerungen zieht sie daraus?
76. Abgeordneter  
**Kroll-Schlüter**  
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die weiteren Feststellungen, daß nur 21 v. H. den Ärzten im Krankenhaus bescheinigen, daß sie sich „Zeit für die Patienten nehmen“, und nur 37 v. H. der Befragten die Schwestern und Pfleger für qualifiziert halten, und welche Schlußfolgerungen gedenkt die Bundesregierung aus diesen Feststellungen zu ziehen?

77. Abgeordneter  
**Cronenberg**  
(FDP) Läßt nach Auffassung der Bundesregierung die Regelung des § 368 g Abs. 5 a RVO betreffend Vereinbarungen über die Vergütungen für zahn-technische Leistungen die Möglichkeit offen, Festpreise oder Höchstpreise zu vereinbaren, oder gebietet die Auslegung im Rahmen der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des Kostendämpfungsgesetzes und im Rahmen des Wettbewerbsrechts sogar die Vereinbarung von Höchstpreisen, die zur Ermöglichung von Preiswettbewerb unternommen werden können?
78. Abgeordneter  
**Cronenberg**  
(FDP) Haben die bisherigen Vereinbarungen nach § 368 g Abs. 5 a RVO Höchst- oder Festpreisregelungen getroffen, und glaubt die Bundesregierung, daß bei der Vereinbarung bloßer Höchstpreise ein Preiswettbewerb mit kostendämpfender Wirkung auf die Angebote der zahntechnischen Betriebe zu erwarten ist?
79. Abgeordneter  
**Dr. Stavenhagen**  
(CDU/CSU) Welche Auswirkungen auf eine gemäß § 136 Abs. 2, § 112 Abs. 7 des Arbeitsförderungsgesetzes erfolgte Neufestsetzung der Arbeitslosenhilfe hat die Tatsache, daß ein Arbeitsloser einen Arbeitsplatz findet, dessen Entgelt wesentlich über dem der Neufestsetzung zugrunde gelegten erzielbaren Arbeitsentgelts liegt, und spielt es eine Rolle, ob dem Arbeitgeber eine Eingliederungshilfe gewährt wird?
80. Abgeordneter  
**Müntefering**  
(SPD) Stehen Gesetz oder sonstige bundesrechtliche Regelungen dagegen, daß Sozialämter, die die Mieten (Kostenmiete und Nebenkosten) für Sozialhilfeempfänger an Vermieter zahlen, die Mietrechnung auf ihre sachliche Berechtigung hin prüfen, insbesondere bei Erhöhung der Nebenkosten?
81. Abgeordneter  
**Müntefering**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß die sachliche Berechtigung solcher Mietrechnungen generell vom Sozialamt vor Auszahlung geprüft werden muß?
82. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei einem nachrichtungsberechtigten Versicherten mit einem Beitrag der Klasse 700 rechnerisch nur 98 DM zugrundegelegt werden, obwohl 126 DM eingezahlt und der nicht angerechnete Betrag von 28 DM nicht zurückgezahlt wird, und was kann gegen diese Verwaltungspraxis unternommen werden?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

83. Abgeordneter  
**Handlos**  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß in mehreren Heeresfliegerregimentern auf dem Dienstposten „stellvertretender Abteilungskommandeur“ (STAN-Stelle Major) seit längerer Zeit Hauptleute verwendet werden, aber in den gleichen Regimentern auf den in der Führungshierarchie untergeordneten Dienstposten „Staffelkapitän und Schwarmführer“ Oberstleutnante und Majore eingesetzt sind, und wie bewertet die Bundesregierung gegebenenfalls diesen Zustand?

84. Abgeordneter  
**Handlos**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Grund für diese praxisfremde Führungsstruktur u. a. darin zu sehen ist, daß in der Heeresfliegertruppe die Bedeutung der Logistik für einen sicheren Flugbetrieb — wie in der Luftwaffe vor der Starfighterkrise — bisher nicht aufgegriffen und in entsprechende Maßnahmen umgesetzt wurde, und wie wird die Bundesregierung sicherstellen, daß auf Grund einer derartigen Führungsstruktur Schäden an Menschen und Material vermieden werden können?
85. Abgeordneter  
**Berger**  
(Lahnstein)  
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß in der Koblenzer Gneisenaukaserne das Grundinstandsetzungsprogramm aus finanziellen Gründen unterbrochen worden ist, und wenn ja, für wie lange?
86. Abgeordneter  
**Berger**  
(Lahnstein)  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, für den Fall, daß die aus bautechnischen Gründen an sich notwendige Grundinstandsetzung für längere Zeit nicht finanziert werden kann, wenigstens ausreichende Bauunterhaltungsmittel bereit zu stellen, um die Bausubstanz zu erhalten und damit auch die der Belegung entsprechenden Sanitäreinrichtungen zu schaffen?
87. Abgeordneter  
**Berger**  
(Lahnstein)  
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß die Heimbetriebsgesellschaft für die Kantinen der Bundeswehr Überschüsse in Millionenhöhe erwirtschaftet hat, und in welchem Umfang und auf welche Weise kommen solche Überschüsse wieder den Soldaten zugute?
88. Abgeordneter  
**Berger**  
(Lahnstein)  
(CDU/CSU)
- Wie ist die Nachwuchslage bei den Offizieren und Offizieranwärtern (Beruf und Zeit) der Bundeswehr im Soll/Ist-Vergleich sowohl bei der Ersteinstellung als auch bei der Zuversetzung zur Truppe nach dem Ende des Studiums, und wie hoch ist der Anteil derer, die im Laufe der Ausbildung aus freien Stücken oder wegen Nichterfüllung der Voraussetzung (Studienabschluß) ausscheiden?
89. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch zwischen ihrer Antwort auf meine entsprechende parlamentarische Anfrage vom 28. Februar 1980, daß die Zahl der Weiterverpflichtungen steigt, und der Feststellung des Inspektors des Heeres — veröffentlicht in Nummer 4 der Verbandszeitschrift „Die Bundeswehr“ vom April 1980 —, wonach die Weiterverpflichtungsbereitschaft über Z 2 hinaus leicht sinkend ist, und es seit Jahresfrist einen spürbaren Rückgang von längerdienenden Unteroffizieren gibt?
90. Abgeordneter  
**Würzbach**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß während einer Vereidigung von Rekruten eines Jägerbataillons in Flensburg am 25. März 1980 der Gastredner, SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr, massiv gestört und teilweise in seinen Ausführungen behindert wurde, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorfall?
91. Abgeordneter  
**Würzbach**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß zu der Protestaktion auch Gruppen von Zivilleistenden aufgerufen hatten, und welche Maßnahmen wurden bisher gegen die beteiligten Zivildienstleistenden ergriffen?

92. Abgeordneter  
**Würzbach**  
(CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung in Zukunft verhindern, daß Zivildienstleistende zusammen mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschlands ähnliche Veranstaltungen stören bzw. unmöglich machen, und in welcher Form wird sie in Zukunft ihrer Pflicht zur Dienstaufsicht nachkommen?
93. Abgeordneter  
**Würzbach**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß gegen diese Veranstaltung schon einige Wochen vorher eine Gruppe von zehn Flensburger Pastoren öffentlich Bedenken erhoben hatte, und welche vorsorglichen Schritte wird die Bundesregierung in Zukunft zusammen mit den Kirchen unternehmen, damit Veranstaltungen, die der Aufrechterhaltung von Recht und Freiheit dienen, wenigstens von dieser Seite ungestört, stattfinden können?
94. Abgeordneter  
**Hansen**  
(SPD) Entspricht die seit dem 1. April 1980 aufgenommene Tätigkeit eines ehemaligen Admirals der Bundeswehr im Verbindungsbüro der Firma Dornier den §§ 1 und 2 des Erlasses des Bundesverteidigungsministers vom 7. September 1971 über die „Einschaltung in den Geschäftsverkehr mit der Bundeswehr nach Beendigung des Dienstverhältnisses“ (VMBI. S. 384)?
95. Abgeordneter  
**Hansen**  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele ehemalige Berufsoffiziere der Bundeswehr zur Zeit eine Tätigkeit in der Wirtschaft ausüben?
96. Abgeordneter  
**Dr. Penner**  
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die Sportanlagen – insbesondere Sporthallen – der Bundeswehr in Wuppertal noch mehr als bisher den örtlichen Sportvereinen zur Verfügung zu stellen?
97. Abgeordneter  
**Graf Stauffenberg**  
(CDU/CSU) Wieviel Mittelstreckenraketen-systeme bringt die sowjetische Rüstungsindustrie nach Kenntnis der Bundesregierung wöchentlich oder monatlich zur Einsatzreife, und wieviel davon sind auf Westeuropa gerichtet?
98. Abgeordneter  
**Voigt**  
(**Sonthofen**)  
(CDU/CSU) Wie viele Wehrpflichtige bzw. Wehrübungen absolvierende Soldaten sind während des Dienstes in den Jahren 1978 und 1979 verunglückt bzw. körperlich zu Schaden gekommen, und wie viele Zivildienstleistende waren es im gleichen Zeitraum?
99. Abgeordneter  
**Voigt**  
(**Sonthofen**)  
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung erklären, warum entgegen der Aussage vom 28. Februar 1980 für Fernmeldeoffiziere bei den HAWK-Bataillonen im Dienstgrad Oberleutnant trotz Erfüllung der geforderten Voraussetzungen eine Beförderung zum Hauptmann nicht möglich ist, und warum bei der Zurückstufung für die Stelleninhaber keine nachteiligen Auswirkungen entstehen?
100. Abgeordnete  
**Frau Verhülsdonk**  
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß in der Koblenzer Fritsch-Kaserne in der Halle 8, eine ehemalige Kraftfahrzeugunterstellhalle, das militärische und zivile Personal einer Umschlagstaffel unter unzumutbaren Bedingungen – z. B. fehlende Sozialräume, ungenügende Waschgelegenheiten, verölte Fußböden und unzureichende Belüftung und wegen der technisch unzureichend angebrachten Heizung – auch noch bei zu niedrigen Temperaturen arbeiten muß,

- und daß diesem Zustand trotz mehr als 25 Eingaben seit 1976 an die verschiedensten Verwaltungsstellen der Bundeswehr nicht abgeholfen werden konnte, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zur Verbesserung dieser Verhältnisse zu tun?
101. Abgeordneter  
Besch  
(CDU/CSU) Welche verfassungsrechtlichen Schranken stehen nach Auffassung des Bundeskanzlers (Interview mit der Bild-Zeitung am 14. April 1980) einer Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an militärischen Aktionen des NATO-Bündnisses z. B. im Mittleren Osten entgegen, und in welchen Regionen der Welt wäre eine derartige Beteiligung verfassungskonform?
102. Abgeordneter  
Dr. Schweitzer  
(SPD) Was haben die zuständigen Kommandostellen der Bundesluftwaffe bisher veranlaßt, damit der nach wie vor sehr erhebliche Fluglärm von tieffliegenden Flugzeugen in erster Linie offenbar alliierter Streitkräfte im Raum des Nürburgrings verringert wird?
103. Abgeordneter  
Biehle  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß nach der zukünftigen Konzeption für die Ausbildung zum Unteroffizier ein Ergänzungslehrgang in „Menschenführung“ nur für Unteroffiziere, die sich über zwei Jahre hinaus verpflichtet haben, vorgesehen ist, und falls ja, warum wird dieses Ausbildungsgebiet – wenn man berücksichtigt, daß bei jungen Unteroffizieren in der Vergangenheit gerade in der Menschenführung erhebliche Mängel auftraten – nicht so vorgezogen, daß auch Unteroffiziersanwärter, die sich nur auf zwei Jahre verpflichtet haben, also nach ihrer Beförderung noch neun Monate lang in Vorgesetztenfunktionen eingesetzt werden, daran teilnehmen können?
104. Abgeordneter  
Biehle  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ehemalige Soldaten, die aus der Bundeswehr ausscheiden mußten, weil sie die für ihren Dienstgrad festgesetzte besondere Altersgrenze überschritten hatten, an den für Rentner eingeführten Sozialmaßnahmen – z. B. Inanspruchnahme des sogenannten Seniorenpasses der Deutschen Bundesbahn, Vergünstigungen bei kulturellen und sportlichen Veranstaltungen und bei Benutzung öffentlicher Einrichtungen – teilhaben sollten, und falls ja, ist damit zu rechnen, daß eine entsprechende Regelung für den angesprochenen Personenkreis getroffen wird?
105. Abgeordneter  
Dr. Stercken  
(CDU/CSU) Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, einen Auftrag über 2 697 Videokassettenrecorder für die Bundeswehr einem außereuropäischen Unternehmen zu erteilen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit**

106. Abgeordneter  
Dr. Hammans  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei einer Veranstaltung des Bundesverbands der Ortskrankenkassen in Bonn über „Rationale Arzneitherapie“ der neue Mitarbeiter des Bundesgesundheitsamts, Professor Schönhöfer, die Auffassung vertreten hat, das Arzneimittelgesetz sei insuffizient, weil es jedenfalls für die Beurteilung der Wirksamkeit und des therapeutischen Nutzens keine ausreichende Handhabe biete und aus diesem Grund überhaupt

- keine andere Möglichkeit bleibe als die, Dritten wie der Transparenzkommission die Befugnis zuzubilligen, selbst festzulegen, was als wirksam angesehen werden kann und was als unwirksam betrachtet werden muß, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sicherzustellen, daß insbesondere durch das Bundesgesundheitsamt die im Arzneimittelgesetz enthaltenen Bestimmungen eingehalten wurden?
107. Abgeordneter  
**Brandt**  
(Grolsheim)  
(SPD)
- Hat die Bundesregierung ihr Vorhaben aufgegeben, das Berufsbild des Rettungssanitäters durch Gesetz bundeseinheitlich zu bestimmen (Fragestunde des Deutschen Bundestages am 2./3. Februar 1977, Frage Nr. 63), und falls nicht, wie weit sind die von der Bundesregierung beabsichtigten klärenden Verhandlungen mit Ländern und Verbänden in diesem Zusammenhang fortgeschritten?
108. Abgeordneter  
**Brandt**  
(Grolsheim)  
(SPD)
- Welche Aussagen lassen sich bei dem gegenwärtigen Stand der Diskussion über den möglichen Zeitpunkt eines entsprechenden Gesetzentwurfs machen?
109. Abgeordneter  
**Brandt**  
(Grolsheim)  
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung mittlerweile nähere Erkenntnisse darüber vor, ob die Verwendung von Phosphatzusätzen in Lebensmitteln Einfluß auf die Verhaltensweise insbesondere von Kindern hat, und unterstützt die Bundesregierung diesbezügliche Forschungsvorhaben?
110. Abgeordneter  
**Brandt**  
(Grolsheim)  
(SPD)
- Hat die Bundesregierung weiter Erkenntnisse darüber, daß Untersuchungen, die sich auf die Folge der Verwendung von phosphathaltigen Lebensmitteln beziehen, von bestimmten Teilen der Lebensmittelindustrie beeinflußt oder erschwert werden?
111. Abgeordneter  
**Dr. Schwörer**  
(CDU/CSU)
- Was will die Bundesregierung tun, um zu verhindern — was bei einer medizinischen Fachtagung beklagt wurde —, daß die Ärzte weiterhin die Hochschule mit völlig unzureichenden Kenntnissen der medizinisch-technischen Geräte verlassen und in der Praxis oder Klinik den Apparaturen hilflos gegenüberstehen?
112. Abgeordneter  
**Kroll-Schlüter**  
(CDU/CSU)
- Wann, unter welcher Voraussetzung und unter Beachtung welcher Kriterien beabsichtigt die Bundesregierung ein Verbot der Alkoholwerbung?
113. Abgeordneter  
**Dr. Hammans**  
(CDU/CSU)
- Welche Zwischenergebnisse konnten durch den Forschungsauftrag über Art, Umfang, Sinn und Zweck von Tierversuchen in der pharmazeutisch-toxikologischen Forschung und Alternativen inzwischen ermittelt werden, den das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit laut Pressemitteilung vom 8. Februar 1979 vergeben hat?
114. Abgeordneter  
**Dr. Langguth**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung die Studie der Münchener Studiengruppe „POKO“ zu den Wirkungen der sogenannten Jugendsekten bekannt, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse dieser Studie?

115. Abgeordneter  
Dr. Langguth  
(CDU/CSU)      Wie steht die Bundesregierung zu der in der Esslinger Zeitung vom 21. März 1980 wiedergegebenen Äußerung des Leiters der Studie, „Die befürchtete dramatische Auswirkung der ‚Jugendreligionen‘ spielt sich offensichtlich nur in der Werbekampagne der Gegner dieser Gemeinschaften ab“?
116. Abgeordneter  
Dr. Langguth  
(CDU/CSU)      Handelt es sich bei dieser Studie um ein aus Mitteln der Bundesregierung finanziertes Projekt, und wenn ja, nach welchen Kriterien wurde der Auftrag an die Münchener Gruppe vergeben, und wie hoch ist das Finanzvolumen?
117. Abgeordneter  
Engelsberger  
(CDU/CSU)      Interpretiert die Bundesregierung in ihrem Verantwortungsbereich die Bestimmung des § 10 des Jugendarbeitsschutzgesetzes, der Arbeitgeber habe Jugendliche „an dem Arbeitstag, der der schriftlichen Abschlußprüfung unmittelbar vorangeht, freizustellen“, in dem Sinne, daß bei einer Aufteilung der schriftlichen Abschlußprüfung auf zwei Tage in verschiedenen Wochen jeweils der Tag vorher freizugeben ist, und sieht sie darin auch eine Freistellung vom Berufsschulunterricht am Tag vor der Prüfung?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen**

118. Abgeordneter  
Dr. Riedl  
(München)  
(CDU/CSU)      Wie ist der Stand der Regreßforderungen des Bundes gegen den Verband der Deutschen Fluglotsen und seine Funktionäre aus der Bummelaktion 1973?
119. Abgeordneter  
Picard  
(CDU/CSU)      Wie ist der Stand der Vorbereitungen hinsichtlich des Weiterbaus der A 680 bis zur Verknüpfung mit der A 45 und der Ausbau der B 26 von hier bis Aschaffenburg, und wann ist voraussichtlich mit dem Baubeginn zu rechnen, und wann kann er vollendet sein?
120. Abgeordneter  
Picard  
(CDU/CSU)      Wie ist der Stand der Vorbereitungen hinsichtlich des Ausbaus der Umgehung der Kreisstadt Erbach (Odenwald) im Zuge der B 45, wann wird voraussichtlich mit dem Bau begonnen, und wann wird er vollendet sein?
121. Abgeordneter  
Picard  
(CDU/CSU)      Wie ist der Stand der Vorbereitungen hinsichtlich des Ausbaus der Umgehung der Stadt Reinheim im Zuge der B 38, wann wird voraussichtlich mit dem Bau begonnen, und wann wird er vollendet sein?
122. Abgeordneter  
Wurbs  
(FDP)      Hält die Bundesregierung im Bereich der freiwilligen technischen Überwachung von Kraftfahrzeugen das seit 1971 bestehende Verbot der Neuzulassung von Überwachungsorganisationen angesichts der seitdem eingetretenen Entwicklung, vor allem der erheblichen Zunahme des Kraftfahrzeugbestands und der um ein Vielfaches gestiegenen Nachfrage nach Durchführung freiwilliger Untersuchungen, für sachlich noch gerechtfertigt, insbesondere unter Berücksichtigung der wettbewerbspolitischen Gesichtspunkte, der Belange der Kraftfahrzeughalter und der Wettbewerbschancen der freiberuflichen Sachverständigen?

123. Abgeordneter  
**Zink**  
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung am Ausbau der Intercity-Strecke Köln – Groß-Gerau fest?
124. Abgeordneter  
**Zink**  
(CDU/CSU) Wenn ja, wird diese durch den Kreis Groß-Gerau oder durch eine andere Region geführt?
125. Abgeordneter  
**Seiters**  
(CDU/CSU) Wann ist mit der Änderung der Schiffsbesetzungs- und Ausbildungsordnung zu rechnen, und mit welchen neuen Vorschriften soll eine vergleichbare Wettbewerbssituation, z. B. zu den Niederländern, hergestellt werden?
126. Abgeordneter  
**Seiters**  
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung insbesondere Möglichkeiten, daß die völlig unterschiedlichen Besetzungsvorschriften bei weltweiter Fahrt (Niederlande 13, Bundesrepublik Deutschland 19 Mann Besetzung) aneinander angeglichen werden?
127. Abgeordneter  
**Dr. Müller-  
Emmert**  
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der Arbeiten für die Neugestaltung des Nürburgrings, und hält die Bundesregierung die Finanzierung – entsprechend der Vereinbarung der Gesellschafter der Nürburgring GmbH – auch weiterhin für gesichert?
128. Abgeordneter  
**Dr. Müller-  
Emmert**  
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Bedenken der Motorsportverbände, daß die Neugestaltung des Nürburgrings gefährdet ist, und wie sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Haltung der anderen Gesellschafter der Nürburgring GmbH?
129. Abgeordneter  
**Jung**  
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesanstalt für Flugsicherung – laut Hausmitteilung vom 31. März 1980 – schon jetzt nicht in der Lage ist, die vorhandenen Personalengpässe zu überwinden?
130. Abgeordneter  
**Jung**  
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß es nach der Nationalisierung von Eurocontrol zu einer Beeinträchtigung der Flugsicherheit kommen kann, weil die bereits vorhandene Personallücke noch durch die Abwanderung ausländischer Eurocontrolbediensteter vergrößert wird?
131. Abgeordneter  
**Jung**  
(FDP) Trifft es zu, daß die Niederlande nach entsprechenden Parlamentsinitiativen nunmehr bereit sind, den niederländischen Luftraum uneingeschränkt von Eurocontrol Maastricht kontrollieren zu lassen?
132. Abgeordneter  
**Jung**  
(FDP) Wird die Bundesregierung die Pläne zum Abbau der Eurocontrolzentrale Karlsruhe aufgeben, wenn die parlamentarischen Initiativen in den Niederlanden zum Erhalt der Eurocontrolzentrale Maastricht führen?
133. Abgeordneter  
**Sauer**  
(Salzgitter)  
(CDU/CSU) Welche Bahnhöfe im Bereich des Landkreises Wolfenbüttel und der Stadt Salzgitter sind bisher behindertengerecht ausgebaut worden, und wann werden dort alle Bahnhöfe so hergerichtet sein, daß sie von allen Behindertengruppen – vor allem von Rollstuhlfahrern – in Anspruch genommen werden können?



134. Abgeordneter  
**Sauer**  
(Salzgitter)  
(CDU/CSU) Welche Investitionen sieht die Deutsche Bundesbahn in diesem Jahr im Landkreis Wolfenbüttel und in der Stadt Salzgitter vor, und wie hoch sind für die einzelnen Maßnahmen die Kosten veranschlagt worden?
135. Abgeordneter  
**Dr. Holtz**  
(SPD) Denkt die Bundesregierung an die bundesweite Einführung eines Verkehrsschildes als Gebotsschild für Wohnbereiche, wie es im Rahmen des Großversuchs Verkehrsberuhigung in Wohnbereichen „im Land Nordrhein-Westfalen“ entwickelt und erprobt worden ist?
136. Abgeordneter  
**Dr. Holtz**  
(SPD) Liegt der Bundesregierung ein Antrag auf Entscheidung über die Einrichtung eines S-Bahnhaltepunkts in Hilden-Ost vor, und wann gedenkt sie, die entsprechende Entscheidung zu treffen?
137. Abgeordneter  
**Seefeld**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, der Deutschen Bundesbahn ein vereinfachtes Verfahren für die Rückerstattung der Beträge von nicht benutzten Bahnfahrkarten zu empfehlen, da die jetzige Prozedur zu bürokratisch und für die Bahnkunden mit viel Zeitverlust verbunden ist?
138. Abgeordneter  
**Dr. Bußmann**  
(SPD) Wie hoch ist die Gesamtzahl der bisher festgestellten rissgeschädigten Straßenbrücken im Bereich der Bundesfernstraßen?
139. Abgeordneter  
**Dr. Bußmann**  
(SPD) Wieviel Brücken müssen mit welchem finanziellen Aufwand saniert bzw. verstärkt werden?
140. Abgeordneter  
**Dr. Bußmann**  
(SPD) Welche Konsequenzen wurden aus der Anfang 1979 abgeschlossenen Auswertung der Bundesanstalt für Straßenwesen über Risschäden an Straßenbrücken in Spannbetonbauweise gezogen?
141. Abgeordneter  
**Dr. Bußmann**  
(SPD) Liegen die Ergebnisse fünf ergänzender Forschungsvorhaben inzwischen vor, und können diese nutzbar gemacht werden für Straßenplanungen und zukünftige Bauvorhaben?
142. Abgeordnete  
**Frau Hoffmann**  
(Hoya)  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß mittlere und kleine Omnibusunternehmen, die Anmietverhältnisse bei der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost eingehen, sich in einer schwachen Marktposition befinden, und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Bemühungen des privaten Omnibusgewerbes um einen Musteranmietungsvertrag?
143. Abgeordnete  
**Frau Hoffmann**  
(Hoya)  
(CDU/CSU) Beobachtet die Bundesregierung die Betätigung und Preisgestaltung von Regionalgesellschaften und öffentlichen Unternehmen im Gelegenheitsverkehr, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
144. Abgeordnete  
**Frau Hoffmann**  
(Hoya)  
(CDU/CSU) Erkennt die Bundesregierung an, daß der Gelegenheitsverkehr kein Bereich der „Daseinsvorsorge“ ist und damit eine Abdeckung von Defiziten aus öffentlichen Mitteln nicht in Frage kommen kann?

145. Abgeordneter  
**Gerstein**  
(CDU/CSU) Ist durch die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Mahne im Zusammenhang mit seiner Beurteilung über das erweiterte Ausbauprogramm für die westdeutschen Kanäle „Wegen der derzeitigen allgemeinen Haushaltslage will ich mir konkrete Angaben über den Zeitpunkt des Baubeginns und der Fertigstellung der einzelnen Maßnahmen ersparen“ (Ruhr-Nachrichten 19. April 1980, „Kanalbau nicht auf dem trockenen“) der Zeitpunkt des Ausbaus der Schleuse Henrichenburg in Frage gestellt?
146. Abgeordneter  
**Gerstein**  
(CDU/CSU) Ist nach Auffassung der Bundesregierung nach wie vor mit der Fertigstellung der Anlage bis 1984 zu rechnen, insbesondere mit Rücksicht auf die Standort Schwierigkeiten der Stahlindustrie im östlichen Ruhrgebiet?
147. Abgeordneter  
**Kolb**  
(CDU/CSU) Warum sieht die Bundesregierung eine Trassenführung einer Autobahn bzw. Bundesstraße als strittig an, wenn alle Gremien der repräsentativen Demokratie diese Trasse – wie z. B. die A 98 Singen – Wangen – überwiegend bejahen?
148. Abgeordneter  
**Kolb**  
(CDU/CSU) Ist eine der aufgeführten Neubautrassen in der Fortschreibung des Fernstraßenausbauplans absolut unstrittig, bzw. ist bei keiner dieser Trassen eine weitere Alternative bekannt?
149. Abgeordneter  
**Stutzer**  
(CDU/CSU) Entsprechen die Neuanpflanzungen am Kanalufer auf der Westerröfelder Seite dem Sicherheitsinteresse des Schiffsverkehrs auf dem Nord-Ostsee-Kanal, und welche Vorstellungen hat der Bund hinsichtlich einer Bepflanzung des Kanalufers in diesem Bereich?
150. Abgeordneter  
**Schröder**  
(Lüneburg)  
(CDU/CSU) Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 12. Juni 1979, demzufolge der Deutschen Bundesbahn als öffentlich-rechtliches Wirtschaftsunternehmen eingeräumt wird, in Verbindung mit § 21 des Bundesbahngesetzes ein spezifisches Dienstrecht zu entwickeln?
151. Abgeordneter  
**Schröder**  
(Lüneburg)  
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten werden insbesondere gesehen, den in dem Urteil angesprochenen Personalüberhängen, die durch Rationalisierungsmaßnahmen und den Einsatz technischer Neuerungen entstehen, mit den Mitteln des § 21 des Bundesbahngesetzes zu begegnen, und wie wird die Aussage des Gerichts beurteilt, daß die Begründung von Beamtenverhältnissen weitgehend im verwaltungspolitischen Ermessen des Dienstherrn liege?
152. Abgeordneter  
**Lenzer**  
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen ist der Bundesverkehrsminister der Auffassung, daß bei den von den Streckenstilllegungsplänen betroffenen Strecken Herborn – Schönbach, Haiger – Breitscheid und Wetzlar – Lollar im Lahn-Dill-Kreis der Schienenpersonenverkehr zum 1. Juni 1980 auf Busbetrieb umgestellt werden soll?
153. Abgeordneter  
**Lenzer**  
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen hat der Bundesverkehrsminister meinen in dieser Angelegenheit an ihn gerichteten Brief vom März 1980 nicht beantwortet?

154. Abgeordnete  
Frau  
Dr. Lepsius  
(SPD)
- Trifft es zu, daß der weitere Ausbau der B 36 insgesamt und die laufenden Bauarbeiten auf der B 36 in Höhe Leichtsandstraße/Flughafen Forchheim auf Grund von Kürzungen im Verkehrsetat des Bundeshaushalts 1980 gestoppt werden mußte, und kann die Bundesregierung beim Land Baden-Württemberg veranlassen, daß dem Land zugewiesene Globalmittel wie im vorliegenden Fall der B 36 für bereits laufende Baumaßnahmen eingesetzt und der weitere Ausbau nicht blockiert wird?
155. Abgeordnete  
Frau  
Dr. Lepsius  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung über Prioritäten bei vorgesehenen Baumaßnahmen nach dem Bundesfernstraßenprogramm mit dem Land Baden-Württemberg erneut verhandeln um sicherzustellen, daß bereits angelaufene Baumaßnahmen durchgezogen und Großbaustellen nicht zu Bauruinen werden?
156. Abgeordnete  
Frau  
Dr. Lepsius  
(SPD)
- Wann ist mit dem Fortgang der Bauarbeiten der B 36 im Bereich Flugplatz Forchheim und in welchen Streckenabschnitten zu rechnen?
157. Abgeordneter  
Neumann  
(Bramsche)  
(SPD)
- Sind Meldungen richtig, wonach die gerade fertiggestellte Bundesstraße 68 im Bereich der Ortsumgehung Wallenhorst verbreitert werden soll, welche Kosten entstehen dafür, und warum ist die Verbreiterung nicht bei dem Erstausbau von Anfang an geplant worden?
158. Abgeordneter  
Kittlmann  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Verlagerung des Charterferienflugverkehrs West-Berlins von Tegel nach Schönfeld durch gezielte Dumpingpreise von Interflug und anderen osteuropäischen Fluglinien, besonders auf den Routen nach der Türkei und nach Griechenland?
159. Abgeordneter  
Kittlmann  
(CDU/CSU)
- Gibt es seitens der Bundesregierung in letzter Zeit Bemühungen, und wenn ja welche, bei anderen westlichen IATA-Mitgliedern diese gegen die Interessen der Bundesrepublik Deutschland gerichtete verzerrte Wettbewerbspolitik zu verhindern?
160. Abgeordneter  
Kittlmann  
(CDU/CSU)
- Welche Verkehrskonzeption für den Berliner Flugverkehr unterstützt die Bundesregierung, um für die Zukunft sicherzustellen, daß langfristig nicht nur der Linienverkehr sondern auch der Charterverkehr von Berlin (West) lebensfähig bleiben kann?
161. Abgeordneter  
Kittlmann  
(CDU/CSU)
- Wo liegt die Grenze des Rückgangs von Passagierzahlen von Tegel zugunsten Schönfelds bei anhaltender unwirtschaftlicher Preisunterbietung, um Überlegungen anzustellen, als Gegenmaßnahme entweder auch den Charterverkehr zu subventionieren oder andere Maßnahmen zu erwägen?
162. Abgeordneter  
Dr. Jenninger  
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen und konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung aus der durch die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz angeregten Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung der Stehplatzverhältnisse bei der Schülerbeförderung mit Omnibussen ziehen?

163. Abgeordneter  
**Schmitz**  
(Baesweiler)  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Teilstück der B 258 Konzen — Fringshaus — Roetgen, das unter belgisches Hoheitsrecht fällt, im Rahmen der Verkehrsregelung und bei Verkehrsunfällen aller Art durch die Anwendung der belgischen Gesetzgebung leider immer wieder Anlaß zu erheblichen Problemen gibt, und ist die Bundesregierung bereit, mit den zuständigen belgischen Stellen darüber zu verhandeln, inwieweit das vorstehend angesprochene Teilstück der deutschen Verwaltung übertragen werden kann?
164. Abgeordneter  
**Röhner**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung grundsätzlich bereit, die Organisation des Postbetriebs so vorzunehmen, daß insbesondere historische Ortsnamen, wie zum Beispiel „Der alte Markt Aschbach“, trotz der im Zuge der Gebietsreform verlorengegangenen Selbständigkeit, erhalten bleiben?
165. Abgeordneter  
**Dr. Häfele**  
(CDU/CSU)
- Warum hat die Deutsche Bundespost nicht, wie mit Schreiben des Bundespostministers vom 14. November 1979 an mich angekündigt, den Sendemast des Senders Bad Dürkheim bis zum Ende des Jahrs 1979 abgebaut?
166. Abgeordneter  
**Dr. Häfele**  
(CDU/CSU)
- Ist dies darauf zurückzuführen, daß die Bundesregierung damit rechnet, daß in der Bundesrepublik Deutschland in Kürze private Rundfunksender betrieben werden, die diese Einrichtung nutzen könnten?
167. Abgeordneter  
**Dr. Stercken**  
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, den etwa 3 000 Hörgeschädigten durch die Einrichtung von Schreibtelefonen eine Kommunikationsmöglichkeit zu erschließen, die für ihre Berufsausübung und ihre Integration in die Gesellschaft unerlässlich ist?
168. Abgeordneter  
**Dr. Stercken**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, diese Dienstleistung der Deutschen Bundespost zu empfehlen?
169. Abgeordnete  
**Frau**  
**Will-Feld**  
(CDU/CSU)
- Wo sieht die Bundesregierung nach ihrer Auffassung die bisher gültigen Kriterien für die Schließung von Poststellen, nämlich „Bedürfnis und Wirtschaftlichkeit“, durch „kommunale Neuordnungsmaßnahmen“ beeinflusst, nachdem sie in einer Antwort auf die Frage nach der Schließung von Poststellen im ländlichen Raum die Auffassung vertreten hat, daß diese Konzentrationsmaßnahme „ein betrieblicher Nachvollzug kommunaler Neuordnungsmaßnahmen“ sei?
170. Abgeordneter  
**Sauer**  
(Salzgitter)  
(CDU/CSU)
- Welche Investitionen sieht die Deutsche Bundespost in diesem Jahr im Landkreis Wolfenbüttel und in der Stadt Salzgitter vor, und wie hoch sind für die einzelnen Maßnahmen die Kosten veranschlagt worden?
171. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Lepsius**  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung mitteilen, warum bei der Beseitigung des Mondscheintarifs anstelle des Erlasses von 20 Gebühreneinheiten nicht an eine Senkung der Gebühren für den Hauptanschluß gedacht wurde, und ist die Bundesregierung bereit, dafür einzutreten, daß für den Billigtarif einheitlich die Entfernungszonen I, II und III der 67,5 Sekundentakt eingeführt wird?

172. Abgeordneter  
**Ibrügger**  
(SPD)      Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost für die in Flugzeugen eingebauten Radiokompasse Gebühren erhebt, und hält es die Bundesregierung unter Maßgabe der eindeutigen Zweckbestimmung dieser Geräte für die Funknavigation noch für angemessen, Gebühren wie für Rundfunkempfänger festzusetzen?
173. Abgeordneter  
**Ibrügger**  
(SPD)      Welche gesetzlichen Regelungen oder Verordnungen veranlassen die Deutsche Bundespost zu einer solchen Vorgehensweise?
174. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU)      Warum geht die Deutsche Bundespost dazu über, zunehmend Tarifpersonal statt Beamte zu beschäftigen, wie z. B. im Posthalterdienst und als Nachwuchskräfte für einzelne Laufbahngruppen, obwohl damit kein finanzieller Vorteil verbunden ist, und wie beurteilt die Deutsche Bundespost die sich aus dieser Personalpolitik ergebende höhere Streikanfälligkeit der Deutschen Bundespost mit entsprechend schlechterer Postversorgung der Bevölkerung?
175. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU)      Welche Poststellen sollen im Rahmen des geänderten Konzepts der Postversorgung auf dem flachen Land in den Landkreisen Rastatt und Karlsruhe-Land, sowie im Stadtkreis Baden-Baden geschlossen werden?
176. Abgeordneter  
**Dr. Stavenhagen**  
(CDU/CSU)      Warum können Päckchen und Pakete, die nicht zugestellt werden können, nicht wie nachweispflichtige Briefsendungen bei der zuständigen Postaußenstelle verbleiben, sondern müssen beim zuständigen Hauptpostamt abgeholt werden?
177. Abgeordneter  
**Seiters**  
(CDU/CSU)      Wird sich die Bundesregierung für die Ems-Querung bei Leer für einen Tunnel entscheiden, mit welcher Tunneltiefe bzw. mit welcher Tiefenlage der Flußbettsohle der Ems ist zu rechnen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

178. Abgeordneter  
**Müntefering**  
(SPD)      Gibt es bundesrechtliche Vorschriften, die den Vermieter berechtigen, bei Ausstellen der Mietbescheinigung gemäß § 25 Abs. 3 des Wohngeldgesetzes auch solche Mietkürzungen als Mietrückstände auszuweisen, die vom Mieter für Wohnwertminderungen vorgenommen wurden und über deren Berechtigung zwischen Vermieter und Mieter noch kein Einvernehmen besteht, wenn ja, welche, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, sich dafür einzusetzen, daß solche noch streitigen Mietkürzungen für Wohnwertminderungen zukünftig nicht mehr als Mietrückstand deklariert werden dürfen?
179. Abgeordneter  
**von der Heydt  
Freiherr von  
Massenbach**  
(CDU/CSU)      Hält es die Bundesregierung angesichts dessen, daß die Zuschußmittel für Vollwärmedämmung fast überall schon vergriffen sind und die Einsparungsrate hier besonders hoch (bis zu 50 v. H.) ist, für angebracht, derartige Förderungen zeitlich und auch dem Betrag nach unbegrenzt zu gewähren?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Innerdeutsche Beziehungen**

180. Abgeordneter  
Seiters  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung eine gängige Praxis der Zentrale des Deutschen Reisebüros in Frankfurt, dessen Hauptgesellschafter die Deutsche Bundesbahn ist, bekannt, bei der bei sämtlichen Visaanträgen für Ostblockländer die Staatsangehörigkeit deutsch durch BRD ersetzt wird, und sieht die Bundesregierung in einem solchen Verhalten einen Vorgang, welcher der DDR-These von einer zweiten deutschen Staatsbürgerschaft Vorschub leistet?
181. Abgeordneter  
Dr. Wittmann  
(München)  
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Informationen, daß in der „DDR“ deutsche Soldatengräber systematisch eingeebnet werden, und was gedenkt sie dagegen zu unternehmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Forschung und Technologie**

182. Abgeordneter  
Dr. Friedmann  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Bohrschlamm, der bei dem Geothermikpilotprojekt bei Bühl anfällt, das von der Deutschen Schachtbau- und Tiefbohrgesellschaft mit Bundeszuschüssen durchgeführt wurde, in hohem Maß chromhaltig ist, so daß daraus eine akute Gefährdung des Trinkwassers in der Umgebung der Schlammablagerung auf Gemarkung Ottersweier-Unzhurst entsteht, und warum wurde diese Tatsache von den zuständigen Behörden so lange verschwiegen, obwohl sie diesen bekannt gewesen sein soll?
183. Abgeordneter  
Dr. Steger  
(SPD) Warum hat die Bundesregierung aus ihrer Kenntnis der hohen volkswirtschaftlichen Kosten von Verschleiß und Korrosion (vergleiche z. B. BMFT-Mitteilungen vom 2. April 1980, Seite 34, BMFT-Pressmitteilung 38/80) nicht die Konsequenz gezogen, für Kraftfahrzeugmotoren geeignete Öladditive (wie z. B. Molybdändisulfid oder Microlon) vorzuschreiben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

184. Abgeordneter  
Dr. Holtz  
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige politische Lage in Guatemala, und wie gestaltet sich unter Berücksichtigung dieser Einschätzung die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit diesem Land?
185. Abgeordneter  
Dr. Hennig  
(CDU/CSU) Hat sich die Bundesregierung ein Urteil über die Agrarreform gebildet, die zur Zeit in El Salvador durchgeführt wird, wenn ja, wie lautet ihre Beurteilung, und welche konkreten Projekte plant sie, mit denen sie dieses für die demokratische Entwicklung des Landes entscheidende Vorhaben unterstützen kann?

186. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die 26 Millionen DM, die bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt für verschiedene Projekte in El Salvador bereitliegen, die aber nicht mehr realisiert werden können, unbürokratisch und rasch für Projekte zur Unterstützung der nunmehr entscheidend wichtigen Agrarreform zur Verfügung zu stellen?

Bonn, den 8. Mai 1980

